

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando  
 Vierteljährlich 3.00 RM, monatlich 1.00 RM,  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
 abonnement: 1.00 RM pro Monat.  
 Eingetragen in die Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich. Langzeit-  
 2 bis 10 Jahre, für das übrige Ausland  
 4 bis 10 Jahre. Postabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. Jahrg.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Annon-  
 ce ober deren Raum 30 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckte  
 Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich 25 Pf. für  
 Wort), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellenangebote und Stellenanzeigen  
 das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 6 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 6. Oktober 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Weltpolitische Schriftstellerei.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Die „Frankfurter Zeitung“ hat am 26. September einen Artikel des Herrn „Dr. Max Koloff“ in Breslau über die Unruhen in Niederländisch-Indien veröffentlicht, der in der niederländischen Presse, namentlich auch in Organen, die nicht als deutschfeindlich bezeichnet werden können, entrüstete Proteste hervorgerufen hat. Nach dem Artikel dieses Herrn, der als besonders guter Kenner der niederländischen Kolonien und früherer einflussreicher Funktionär ihrer Verwaltung austritt, wäre der jetzige Zustand in Djambi keine vereinzelte lokale Erscheinung, sondern eine Episode einer sich allerorten zeigenden Bewegung der eingeborenen Bevölkerung und seine Ursachen wären in einer ungewöhnlichen Mißverwaltung, Ausbeutung, Vernachlässigung und Vergewaltigung der Kolonie zu suchen.

Nun ist schwerlich zu verkennen, daß die Unruhe unter den Eingeborenen an zu viel Orten hervortritt, als daß man lediglich an zufällige Ursachen glauben könnte. Die Formen ihrer Ausprägung sind sehr verschieden und gehen von religiöser, politisch-autonomistischer und separatistischer Agitation bis zu jenen, nicht sehr bedeutenden und in ihrer Fokalisierung zur Niederlage verurteilten gewalttätigen Versuchen. Wo Rauch ist, ist auch Feuer, und es ist vollkommen glaubhaft, daß die letzte Ursache aller der Bewegungen das kapitalistische Ausbeutungssystem ist, das die Seele auch des holländischen Kolonialismus ist. In diesem Sinne sind die moralisierenden Redensarten, worin sich die großkapitalistischen Organe des Mutterlandes über die Zustände in den Kolonien äußern, weniger überzeugend als die ungehämmt brutale Sprache, die man oft in der kolonialen Presse findet. Die Methoden der politischen Verwaltung mögen zwischen dem strengen und dem „ethischen“ System wechseln, der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung geht seinen Gang, und was er an Althergebrachten, besonders ausüßigen Ausbeutungsformen beseitigt, ersetzt er reichlich durch moderne, den Interessen des entwickelten Kapitalismus besser angepasste. Mit alledem darf man aussprechen, daß, wenn der holländische Kolonialismus seine Rücksichtslosigkeit, seine Greuel und seine Heucheleien hat wie jeder andere Kolonialismus auch, er zumindest in den letzten Jahrzehnten eben auch nicht schlimmer ist als die anderen. Die „Blüte“, die sich im Ansehen von Import und Export, des Einnahmen- und Ausgabenbudgets der Kolonie ausdrückt, ebensowenig wie die durch die jüngsten Bewegungen in der indischen Bevölkerung und die weltpolitischen Komplikationen angeregte Entschliebung, Holländisch-Indien ein Scheinparlament unter dem Namen eines kolonialen Rats zu verleihen, können als Beweise einer auf Philantropie angelegten Ausnutzung des Kolonialbesitzes gelten. Das, was darüber zu sagen erforderlich war, ist an der richtigen Stelle und von den befugten Leuten klar genug gesagt worden. Man braucht nur das Verhandlungsprotokoll der holländischen Zweiten Kammer nachzulesen, besonders die Reden der Mitglieder der Arbeiterpartei, die, wie Genosse Wendels, den Kolonialfragen ein besonderes Studium gewidmet haben. Eine andere Frage ist, ob es gerade die Aufgabe und das Recht deutscher großkapitalistischer und der Kolonialpolitik wohlwollend gegenüberstehender Organe ist, den Kolonialismus der Nachbarn einer sittenstrengen Kritik zu unterwerfen — ganz abgesehen vom politischen Laß, der bei einer Behandlung dieses Gegenstandes, zumal angesichts der gesteigerten nationalen Empfindlichkeiten überaus notwendig erscheint. Jedermann weiß, daß es fast die an der Kolonialpolitik interessierten Kreise sind, die in der holländischen Bourgeoisie am meisten geneigt sind, der Neutralität eine Färbung zu geben, die ihrer Angst vor dem englischen und japanischen Imperialismus entspricht. Und daß nun gerade die „Frankfurter Zeitung“ das ihre dazu tut, um diese Kreise zu erbofen und andere mit allerhand Vermutungen über die tieferen Absichten solcher „Entstellungen“ zu erfüllen, ist wieder einmal ein Beispiel von der großartigen Scharfsinnigkeit und Geistesgegenwart der deutschen Imperialisten jeglicher Schattierung.

Aber die Geschichte dieses moralischen Anfalls, die kolonialpolitische Lebensläufe — des anderen zu entlarven, hat noch eine andere interessante und lehrreiche Seite. Der „Jaager“ „Nieuwe Courant“ gibt jetzt über den Lebenslauf des Dr. Max Koloff folgendes bekannt: Koloff ist am 25. November 1869 in Liegnitz geboren. Er diente 1891 bis 1893 bei der zweiten Matrosendivision in Wilhelmshaven, danach 2 Jahre bei der Fremdenlegation in Algier. Das Jahr 1895 findet ihn im Dienst der holländischen Kolonialarmee, wo er Unteroffizier wird. 1903 unterzieht er sich einer Beamtenprüfung in den indischen Sprachen. Von der Korintj-Expedition war er mit Untersuchungen in Korintj und in Djambi betraut, wozu ihn seine Kenntnis des Arabischen besonders geeignet machte. 1905 kam er vor das Kriegsgericht, wegen Fälschung der Unterschrift eines der damaligen Direktoren der Escompol-Matschappij, Herrn Zeilings. Bei der Untersuchung dieser Sache oder schon früher bekam man die gegründete Vermutung, daß Koloff auf Sumatra für englische Rechnung spionierte und Nachrichten gegen die holländische Regierung aufheute. Als er ergriffen wurde, stand er im Begriff, nach Singapore zu gehen. Diese Ver-

mutungen werden Ursache gewesen sein, daß das vom Kriegsgericht ausgesprochene Urteil so streng war: Zwei Jahre und 90 Tage. Nun hatte man Gelegenheit, ihn aus Indien verschwinden zu lassen, und in unserem Land, wir glauben im Strafgefängnis zu Leeuwarden, sah Koloff seine Strafe ab. — Hierzulande wollte er erst für einen Franzosen gehalten werden, was durch seine außerordentliche Sprachkenntnis erleichtert wurde, aber er wurde entlarvt.

Aus diesem Lebenslauf des gestrigen Kritikers geht wohl hervor, daß er in den Zuständen Holländisch-Indiens besser Bescheid wissen dürfte, als der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ in seinem zornentbrannten ersten Artikel gelten lassen wollte, aber auch daß ihm die Eigenschaften fehlen, die ihn zu einem glaubwürdigen Zeugen und gar zu einem unparteilichen Ankläger machen würden.

## Vom inneren Kriegsschauplatz.

Im Mittelpunkt der Preberörterungen stehen zurzeit zwei Dinge: die Mitteilungen über die vertraulichen Beratungen in der Budgetkommission, die wir gestern nach der „Freis. Ztg.“ wiedergaben, und im Anschluß daran — Tirpitz. Die rechtsstehende Presse ist höchst entrüstet über die Veröffentlichung von Mitteilungen über vertrauliche Beratungen und spart nicht mit giftigen und bissigen Bemerkungen. Die „Post“ will in diesen Mitteilungen den Beginn einer Stimmungsmache sehen:

„Die paar gleichsam nebenbei hingeworfenen Worte über den Eindruck der Regierungsmitteilungen sollen von vornherein eine Stimmung schaffen, die jeder abweichenden sachlichen Meinung in den zur Sprache gekommenen Fragen ihre spätere Vertretung soweit als möglich erschwert und sie sogar mit dem Rolei der Unlauterkeit behaftet.“

Ebenso ungehalten ist die „Deutsche Tagesztg.“, die besonders die Angabe bestreitet, die Rede Helfferichs habe in der Kommission einen großen und tiefen Eindruck gemacht. Ihrerseits stellt sie fest, daß der Eindruck der Helfferichschen Ausführungen im Ausschuss ein „außerordentlich verschiedenes“ gewesen sei, und fährt dann fort:

„Wir möchten unsererseits daran die Bemerkung knüpfen, daß es, sachlich betrachtet, nicht ganz verständlich erscheint, gerade den Staatssekretär Dr. Helfferich als eine unfehlbare und unanfechtbare Autorität in den Fragen anzusehen, die er den Anhebungen freisinniger Blätter zufolge, in seiner eindrucksvollen Rede behandelt haben soll. Eine ganze Reihe von Helfferichschen Voraussetzungen auf dem Gebiete der einschlägigen Fragen während dieses Krieges sind nicht eingetroffen, sondern vom Gange der Dinge in gegenwärtiger Weise beantwortet worden. — Die freisinnige Presse erregt sich über das dem Großadmiral v. Tirpitz angetragene konservative Reichstagsmandat, und wir können das, in den obigen Zusammenhängen betrachtet, wohl begreifen. Der Großadmiral hat abgelehnt, und damit ist die Frage bis auf weiteres erledigt. Gätte Großadmiral v. Tirpitz jetzt als Reichstagsabgeordneter in dem Ausschuss gesessen, so würde selbst die freisinnige Presse nicht in der Lage sein, von einem tiefen Eindruck der Helfferichschen Rede zu sprechen, vielleicht würde der Staatssekretär sie dann auch anders gehalten haben.“

Es entspricht durchaus den Parteigruppierungen im Reichstage, daß sich auch der nationalliberale „Deutsche Kurier“ im ähnlichen Sinne äußert, wie die konservative und freikonservative Presse:

„Wir stellen . . . fest — schreibt das Blatt —, daß die „Freisinnige Zeitung“ zu reich mit Verallgemeinerungen bei der Hand ist. Zum mindesten von der Rede des Staatssekretärs Dr. Helfferich können wir nicht behaupten, daß sie den von der „Freisinnigen Zeitung“ behaupteten Eindruck auf die von der Bedeutung des U-Bootkrieges überzeugten Parteien gemacht hat.“

Andererseits wird im „Berliner Tageblatt“ aus unterrichteten parlamentarischen Kreisen die gestrige Mitteilung der „Freis. Ztg.“ durchaus bestätigt. Auch wird in dieser Zuschrift festgestellt, daß auch in der U-Bootfrage zwischen der Reichsleitung und der Obersten Seeresleitung „volle Übereinstimmung“ herrsche.

Wenn danach die Kanzlerfronde, an deren Existenz ja nicht gezweifelt werden darf, trotzdem sich für weischaudernd hält als Kanzler und Generalstab und dem gegenwärtigen Reichskanzler die seidene Schnur zu drehen versucht, so geht schon daraus hervor, daß die wahren Gründe all dieser fortgesetzten Treibereien, hinter den Kulissen sowohl wie auf der Bühne des Parlaments, in anderer Richtung gesucht werden müssen.

In welcher Richtung die Gründe dieser Treibereien im wesentlichen zu suchen sind, stellt die „Frankf. Ztg.“ aufs neue nachdrücklich fest. Nach der nicht uninteressanten Bemerkung: „Schade, daß es keine Statistik geben wird, aus der zu ersehen wäre, wie weit sich die Vaterlandsretter an der Kriegsankleihe beteiligen“, sagt das Blatt:

„Das deutsche Ziel des größten Teiles dieser Agitation geht darauf hin, den Großadmiral v. Tirpitz ans Ruder zu bringen.“

Denselben Eindruck gewinnt man, wenn man sich die Leistungen der rechtsstehenden Presse in den letzten Wochen vergegenwärtigt. Typisch für die Betrachtungsweise dieser Presse in der Tirpitz-Frage ist ein Artikel „Ränke und Partherpfeile“ in der gestrigen Abendnummer des konservativen „Reichsboten“. Das Blatt zitiert die gestern hier wiedergegebenen Ausführungen der „Freis. Ztg.“, daß die in der sozialdemokratischen Presse — gemeint ist die Parteipresse in der Provinz — ver-

öffentlichten Erinnerungen an die frühere Amtstätigkeit des Herrn v. Tirpitz in seiner Gefolgschaft ein „drückendes Unbehagen“ hervorgerufen haben. Das Blatt fährt dann fort:

„Heimtückischer kann man einen Mann nicht bekämpfen als durch solche geheimnisvolle Andeutungen, hinter denen man das Aller schlimmste vermuten kann, hinter denen aber auch unter Umständen nichts steckt. Gerade die vage Unbestimmtheit im Verein mit der Andeutung, daß für Herrn v. Tirpitz und seine Freunde alle Verantwortung vorliege, Unbehagen zu verspüren, ist so abgefemt. Das deutsche Volk, das Gut und Blut in einem Daseinskampfe einsetzt, kann es nicht länger mehr geduldig mit ansehen, daß seine militärischen und seemannischen Autoritäten, zu denen es nach wie vor mit dem festen Vertrauen emporsieht, das sie sich während ihrer Amtstätigkeit erworben haben, ungehindert beschuldigt und besudelt werden können, nur weil sich gewisse Leute der Befürchtung hingeben, sie könnten als Anwärter auf den Kanzlerposten in Frage kommen. Wenn die „Freis. Ztg.“, die noch über Valentin hinausgeht, indem sie Verdächtigungen gegen den Großadmiral v. Tirpitz austreut, von angeblich schlimmen Dingen weiß, die sie jetzt mit infam verdächtigenden Wendungen an die große Glocke bringen zu sollen meint, dann heraus damit! Sind es Ungeheuerlichkeiten, Eiterbeulen, Panamas, die jetzt mitten im schwersten Kriege, den das deutsche Volk je geführt hat, unbedingt Sühne finden müssen, warum kein mannhafte offenes Wort anstatt dieser nichtswürdigen Verdächtigungen, bei denen kein Mensch erkennen kann, was und ob überhaupt etwas wirklich Schwereiwiegenes dahinter steckt?“

Der Reichskanzler hat im Reichstage in der heftigsten Weise den Stab gebrochen über namenlose Angriffe gegen seine Politik, in denen aber wenigstens klar und deutlich gesagt war, was die Angreifer gegen ihn einwenden zu müssen glaubten. Er hat sogar die Schrift eines Mannes, der mit seinem Namen offen für seine Überzeugung eintrat, ohne weiteres in eine Linie mit anonymen Angriffen gestellt. Wir glauben, der Reichskanzler wird noch sehr viel dringenderes Interesse haben, deutlich seiner Entrüstung über diese nichtswürdigen Treibereien Ausdruck zu geben, die sich den Anschein geben, als führten sie seine Sache, was unterstützt wird durch die unbeanstandet losgeschossenen Partherpfeile gegen Männer wie Großadmiral v. Tirpitz und unlängst gegen General v. Falkenhayn.“

Die Lamentationen über die „unbeanstandet losgeschossenen Partherpfeile“ gegen Herrn v. Tirpitz klingen zwar sehr rühmlich, überzeugend sind sie aber nicht. Gerade die Gefolgschaft des Herrn v. Tirpitz hat am allerwenigsten Ursache, sich über „Partherpfeile“ aufzuregen. Ueber eine ihrer jüngsten Streiche, deren Kennzeichnung man sich füglich sparen kann, berichtet die „Liberale Korrespondenz“. Danach ist eine angebliche Denkschrift des Admiralstabes in vielen Exemplaren verbreitet worden, die beweisen soll, daß Herr v. Tirpitz recht und Herr v. Bethmann-Hollweg unrecht hat. Es stellt sich aber heraus, daß es sich hierbei gar nicht um eine Denkschrift des Admiralstabes, sondern lediglich um das wirtschaftliche Gutachten eines Hilfsarbeiters handelt, und daß der Arbeit ein autoritativer Charakter nicht innewohnt. Gleichwohl sind Abzüge in großer Zahl hergestellt und verbreitet worden, die den damit Begnadeten als Propagandamittel dienen. Ermittlungen nach den Verbreitern scheinen bisher zu einem sicheren Ergebnis nicht geführt zu haben.

Dasselbe liberale Organ beschäftigt sich auch in recht interessanter Weise mit der Auffstellung des Herrn v. Tirpitz als konservativer Reichstagskandidat in Ostsch.-Grimma (wo bekanntlich unser Genosse Lipinski kandidiert). Herr v. Tirpitz hat bekanntlich die angetragene Kandidatur abgelehnt und die „Kreuzzeitung“ schrieb darüber, man habe mit großem Bedauern die Nachricht aufgenommen, daß Großadmiral v. Tirpitz eine Kandidatur, nachdem er für und Wider ernstlich bedacht, abgelehnt habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, im Interesse der großen Sache im jetzigen Augenblick nicht parlamentarisch aufzutreten.“

„Das mag sein — bemerkt hierzu die „Liberale Korrespondenz“. — Aber konnte denn Herr v. Tirpitz überhaupt daran denken, auf den Wägen der Konservativen ein parlamentarisches Mandat ausüben zu wollen? Die Väter des Gedankens, Herrn v. Tirpitz als Ausschüßperd vor den Wagen der konservativen Partei zu spannen, müssen entweder recht jung sein oder ein sehr kurzes Gedächtnis haben. Gerade Herr v. Tirpitz ist vor allen anderen Ministern und Staatssekretären — Miquel und selbst Dernburg nicht ausgenommen — zu den Zeiten der beiden Kanzler Hohenlohe und Fürst Bülow den konservativen stets politisch hoch verdächtig erschienen: man hielt ihn immer für einen verkappten freisinnigen und sprach das auch offen aus. Anklar blieb nur, ob der Verdacht sich gründete auf seine verwandtschaftlichen Beziehungen als Schwiegerohn des früheren freisinnigen Reichstagsabgeordneten Rechtsanwält Niple in Berlin, der von 1880 bis zu den Septennatswahlen das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen im Reichstage vertrat hat, oder ob er in der Erkenntnis, daß ein Staatssekretär des Reichsmarineamts niemals einer Weltanschauung im Sinne unserer preussischen Konservativen huldigen kann, sich hätte auf seine eifrige Propaganda für den Ausbau der Flotte. Die konservativen befürchteten hierdurch nicht nur eine Vernachlässigung des Landheeres, sondern auch eine erhebliche Störung ihrer Wirtschaftspolitik. Ein Bild, das Einigkeit für die Kulturgeschichte gehabt hätte, wäre es jedenfalls gewesen, Herrn v. Tirpitz im Reichstage als Fraktionskollegen eines Dr. Köpcke vom Bund der Landwirte zu sehen. Wer vor dem Kriege auf den Gedanken gekommen wäre, den „Koon der Marine“ anzusprechen als einen Gefinnungsgenossen von Dr. Diederich Hahn, dem Vater des Wortes von der „glücklichen Flotte“, er wäre unfehlbar ausgelacht worden von Herrn v. Tirpitz selber und nicht weniger von den Konservativen.“

Diese geschichtlichen Betrachtungen des liberalen Organs sind im gegenwärtigen Augenblick besonders interessant. Zeigen sie doch,

in wie vielen wichtigen Punkten die Konserbativen „umgelehrt“ haben, nachdem sie sich vor dem Wogen der Eroberungspolitik und des endlosen Krieges gespannt haben. Die „Kreuzzeitung“ macht der „Freis. Ztg.“ den Vorwurf, der Freisinn, der früher Herrn v. Tirpitz in seiner Flottenpolitik unterstützt habe, wolle nun wegen seiner Stellungnahme zur Kriegspolitik nichts wissen. Dasselbe gilt aber auch — in umgekehrter Richtung — für die „Kreuzzeitung“ und die von ihr vertretene Richtung. Ungeachtet der früheren Differenzen mit Herrn v. Tirpitz — aus jener Zeit, wo die Konserbativen noch nicht endgültig die Bahnen der imperialistischen „Weltmachtpolitik“ beschritten hatten — stellen sie sich nun infolge seiner „Stellungnahme in der Kriegspolitik“ rücksichtslos hinter Herrn v. Tirpitz, dessen Name ihnen heute als Banner auf dem inneren Kriegsschauplatz dient.

## Die griechischen Wirren.

### Der Rücktritt des Ministeriums.

Athen, 4. Oktober. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der König hielt einen Kronrat ab, in welchem auf Befehl des Königs jeder Minister sich entweder für oder gegen den Krieg zu erklären hatte. Die Mehrheit erklärte sich für den Krieg. Daraufhin nahm der König die Rücktrittsgesuche der Minister an. Man erwartet, daß Demitrapoulos ein Kabinett unter Einfluß von drei Venizelisten bilden wird.

Bern, 4. Oktober. (W. Z. B.) „Echo de Paris“ meldet aus Athen, der griechische Generalstab habe den größten Teil des Kriegsmaterials nach Larissa zusammengezogen. Das Motiv dafür sei unbekannt.

### Venizelos über die neue Kabinettsbildung.

Rotterdam, 5. Oktober. (W. Z. B.) Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus London berichtet: Nach der Meldung eines Korrespondenten aus Kanea vom Dienstagabend 11 Uhr wurde Venizelos von jemandem, der als Abgesandter des Königs auftrat, befragt, ob er im Falle, daß ein neues Kabinett gebildet würde, dann Bulgarien den Krieg erklärte, 1. bereit wäre, das Präsidium zu übernehmen, oder 2. sich damit begnügen würde, wenn seine Partei in dem Kabinett durch einen oder zwei Minister vertreten wäre, und 3. ob er ein solches Kabinett auch dann unterstützen würde, wenn weder er noch einer seiner Anhänger darin vertreten wäre. Venizelos erklärte, daß er bereit sei, ein Kabinett, das Bulgarien den Krieg erklären wolle, unter allen Umständen zu unterstützen. Der Korrespondent fährt fort: Wie die Sachen in Griechenland jetzt stehen, kann das griechische Volk nur dann wieder geeinigt werden, wenn es zu einer vollständigen Aussöhnung zwischen dem König und Venizelos kommt. Die maßgebenden Venizelisten glauben nicht, daß dieser neue Schritt der Athener Regierung eine Wendung „zum Besseren“ mit sich bringen wird. Sie sehen darin nur einen Versuch, um Zeit zu gewinnen. Der Korrespondent hat Venizelos um seine Meinung gefragt. Dieser gab zu, daß er sich keine Illusionen mache. Er sagte, wenn es dem König wirklich ernst sei, so könne er es dadurch beweisen, daß er die Mobilisierung anordnet. Wenn es einmal soweit sei, dann wäre es an der Zeit, Venizelos zu rufen und mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu beauftragen.

### Die Vorgänge auf Kreta.

London, 4. Oktober. (W. Z. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Kanea vom 2. d. Mts., die provisorische Regierung habe ihre Stellung gefestigt und auf der ganzen Insel Kreta eigene Verwaltung eingerichtet. Die Beamten, die sich nicht fügen wollten, seien entlassen und andere an ihrer Stelle ernannt worden. Außerdem seien Verordnungen erlassen und neue Gesetze über öffentliche Dienste eingeführt worden. Im westlichen Teile der Insel, wo die Gegner Venizelos stark seien, sei das Kriegsgesetz verhängt worden, um Unruhen vorzubeugen. Alle willigen Offiziere der Reserve und Mannschaften seien aufgefordert worden, in das Heer des neuen Staates einzutreten. Die Insel könne eine gelebte Truppenmacht liefern, wenn die provisorische Regierung die Mobilisierung befehle. Diese Maßregel solle aber nicht ergriffen werden, ehe die Ereignisse in Athen eine entscheidende Wendung nähmen. Dem Mobilisierungsbefehl werde man in Kreta scharf folgen, denn die Bevölkerung sei bereit, zu kämpfen. Dasselbe könne vermutlich auch von den anderen Inseln gesagt werden, die sich der Bewegung angeschlossen hätten; aber in Griechenland sei der Widerstand der Bevölkerung anders. Dort würde einem Mobilisierungsbefehl wohlwillinglich mit Widerwillen gehorcht werden. Eine Versöhnung zwischen dem König und Venizelos würde vielleicht die Lage bessern, aber selbst in diesem Falle würde noch viel zu tun übrig bleiben, ehe man den in Altgriechenland ausgehobenen Truppen Vertrauen schenken könnte.

Die Garnison von Samos habe sich ergeben und der größere Teil der Gendarmen habe sich der Revolution angeschlossen.

### Reservisten gegen Venizelos.

Bern, 4. Oktober. (W. Z. B.) Die französische Presse bringt über die Lage in Griechenland folgende neue Einzelheiten: Die griechischen Reservisten fahren in den Provinzen mit lärmenden Kundgebungen gegen eine Intervention fort. In Lamia griffen bewaffnete Reservisten die Wohnungen der Führer der liberalen Partei an. Weitere Reservistenkundgebungen fanden in Volo, Triopessa, Sparta, Kalamata und Koroni statt. In der Provinz Attika wird die Lage täglich ernst. Aus verschiedenen Ortschaften des Peloponnes werden Gegenkundgebungen von Venizelisten gemeldet, bei denen es zu Tumulten kam.

### Neue Gewaltmaßnahmen der Entente.

Bern, 5. Oktober. (W. Z. B.) Nach einer Depesche des Spezialberichterstatters des „Secolo“ aus Athen sind in der gestrigen Zusammenkunft der Gesandten des Viererbundes die gegen die Reservisten zu treffenden Maßnahmen festgelegt worden. In den allernächsten Tagen werde in ganz Griechenland auch die Briefzensur der Alliierten in Kraft treten.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 4. Oktober. (W. Z. B.) Mitteilung des Generalstabes vom 4. Oktober.

### Mazedonische Front.

Zwischen dem Prespa-See und dem Bardar lebhafteste Tätigkeit der Artillerie und der Infanterie; wir brachten Versuche des Gegners, nördlich der Linie, welche von den Dörfern Strupino und Vahovo gebildet wird, vorzugehen, schon im Entstehen zum Scheitern. Westlich vom Bardar bis zum Dojran-See schwaches Geschützfeuer; unsere Artillerie hat zwei feindliche Kompagnien, die südöstlich vom Dorfe Dolbedeli am Fuße der Belasica Planina schanzten, zerstört. An der Strumafonten-Ruhe. Erbitterte Kämpfe um die Dörfer Karadschafski, Jenitöj und Kodrieh; feindliche Infanterie, welche sich am Morgen dem brennenden Dorfe

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 5. Oktober 1916. (W. Z. B.):

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Auf dem Schlachtfelde nördlich der Somme wuchs die starke Artillerietätigkeit vor den Infanterieangriffen der Gegner zur größten Heftigkeit an. An den meisten Stellen blieb die zum Sturm angetretene feindliche Infanterie bereits in unserem Feuer liegen. Es brach ein englischer Angriff zwischen dem Gehöft Monquet und Courcellette völlig zusammen; so gelangte der zwischen Courcellette und Courcourt l'Abbaye vordringende Gegner nur bei Le Sars bis in unsere Stellung, wo die englische Infanterie mit schweren Verlusten der übrigen im Handgemenge unterlag; so scheiterte auch ein über die Linie Rancourt-Bouchavesnes geführter französischer Angriff vor unseren Linien. Zwischen Fregicourt und Rancourt wurde am gestrigen Morgen heftig gekämpft, hier haben wir einzelne Gräben verloren.

#### Heeresgruppe Kronprinz Beiderseits der Maas lebhafteste Artilleriekämpfe.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Stochodfront mehrere vergebliche Vorstöße schwächerer feindlicher Abteilungen. Immer wieder erneuerten die Russen ihre wütenden Angriffe westlich von Luck. Sie haben nichts erreicht! Jedermal wurden ihre Angriffswellen von der Artillerie, der Infanterie und den Maschinengewehren zusammengebrochen. Nur nördlich von Zubilno drangen schwache Teile bis in unsere Stellung vor, aus der sie sofort wieder geworfen wurden.

Unsere Flieger, die auch an den vorangegangenen Tagen durch erfolgreiche Angriffe auf Lager, Truppenbereitstellungen und Bahnanlagen den Gegner geschädigt hatten, setzten gestern durch Abwurf zahlreicher Bomben den Bahnhof Kozjysze und die in seiner Nähe liegenden Stappeneinrichtungen in Brand.

#### Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

### Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

#### Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Westlich von Parajd wurden mehrmalige rumänische Angriffe abgeschlagen.

Die noch am 2. Oktober in der Gegend von Bekolten (Baranyfut) zum Angriff übergegangene rumänische 2. Armee ist im Alt-Tale hinter die Sinca gewichen und befindet sich auch weiter nördlich im Rückzuge.

Noch den vergeblichen verlustreichen Anstrengungen im Hochinger (Hatzeger) Gebirge beiderseits des Streif-(Sztrig)-Tales zieht sich der Gegner auf die Grenzhöhen zurück.

Bei Orsova an der Donau gewann ein rumänischer Vorstoß Boden.

Jenitöj hatte nähern können, wurde angegriffen und in ihre alten Stellungen zurückgeworfen. An der Regäischen Küste lebhafteste Kreuzertätigkeit.

### Rumänische Front.

An der Donaufront waren die 15 oder 16 Bataillone ohne Artillerie zählenden Truppen, welche die Donau bei Hahova überschritten hatten, vorgezogen und hatten die Dörfer Elmopol, Kojamhle, Voriojovo, Melkovanomo, Golemoironovo und Breschlien besetzt; um sie zurückzuwerfen, führten wir zwei Kolonnen von Russisch und von Lutran her konzentrisch gegen sie vor. Gestern, am 3. Oktober, griffen die von Russisch her vordringenden Truppen den Feind an und zwangen ihn bald, seine Rettung in der Richtung auf die von der Monitorflottille zerstörte Brücke zu suchen; das Schlachtfeld ist bedeckt mit den vom Feinde hinterlassenen Gefallen. Gegen Abend besetzten wir die Dörfer Hahova und Babowo. Die feindlichen Truppenteile gingen in Unordnung ostwärts zurück, wobei sie auf unsere von Lutran vordringenden Truppen stießen. Der umfahrende Feind zerstreute sich in verschiedenen Richtungen, und heute vollenden unsere Truppen seine Vernichtung. Die rumänischen Truppen haben in den von ihnen besetzten Dörfern, ebenso wie auf ihrem Rückzuge aus der Dobrubtscha, schwere Grausamkeiten begangen: Frauen, Greise und Kinder wurden hingschachtet, vielen der Opfer sind die Augen ausgestochen und die Jungen abgeschnitten worden.

In der Dobrubtscha starke Tätigkeit der Artillerie auf der ganzen Front, alle Versuche der feindlichen Infanterie, vorzudringen, wurden durch unser Feuer und glückliche Gegenangriffe erstickt.

Am Ufer des Schwarzen Meeres hat ein russisches Kriegsschiff die Höhen bei dem Dorfe Latladschetöj beschossen. Unsere Wasserflugzeuge haben einen feindlichen Wasserflugzeugschuppen am Tschowliu-See, nördlich von Konstanza, mit großem Erfolge angegriffen.

### Minister Radoslawow.

## Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 4. Oktober. (W. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht.

An der Euphratfront versuchten am 29. die bei Raffrieh lagernden Engländer unter dem Schutze ihrer Artillerie gegen den Stamm Elziretdj nördlich des genannten Ortes vorzugehen, wurden aber dank des Widerstandes unserer Truppen zurückgewiesen. Einer unserer Kampfflieger brachte am 24. September ein englisches Flugzeug an der Tellahiefront zum Absturz.

An der Kaukasusfront wurden starke feindliche Erkundungssträfte, die sich zu nähern versuchten, zurückgewiesen. An den anderen Teilen der Front nur Patrouillengefächte. Kein bedeutendes Ereignis auf den anderen Fronten.

Nach weiteren Nachrichten brachten unsere tapferen Truppen in dem Kampfe, der sich am 1. Oktober nördlich von

### Balkan-Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Feindliche Angriffe östlich der Bahn Cara Orman-Cobadina sind wie am 2. Oktober abgeschlagen.

### Mazedonische Front.

Die Höhe der Ridze Planina wird vom Feinde gehalten. Sonst ist die Lage vom Prespa-See bis zum Struma unverändert.

Im fortwährenden Kampfe am linken Struma-Ufer ging das Dorf Jenitöj wieder verloren.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 5. Oktober 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Front gegen Rumänien.

In der Gegend von Orsova wurden unsere Truppen in westlicher Richtung zurückgedrängt. Südlich von Petrofca weicht der Feind gegen die Grenzpässe. Die bei Fogaras vordringenden verbündeten Streitkräfte sind über die Stadt hinausgedrückt. Von der siebenbürgischen Ostfront ist außer der Abwehr eines starken rumänischen Angriffs bei Szovata nichts zu melden. Das Ergebnis des von der Entente mit gewohnter Ausmaßung verhängten Vorstoßes der Rumänen über die untere Donau ist aus den Berichten der verbündeten Generalsstäbe bekannt. Der Feind verließ den bulgarischen Boden rascher, als er ihn zu betreten vermocht hatte. Bei dem Verlauf dieser Ereignisse war das entschlossene, tapferere Eingreifen unserer braunen Donauflottille von ausschlaggebender Bedeutung.

#### Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

### Keine besonderen Ereignisse.

#### Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In Galizien blieben auch gestern alle Anstrengungen des Feindes, die Linien der vierten Armee ins Schwanken zu bringen, völlig erfolglos. Die Russen erlitten schwere Verluste.

Am unteren Stochod unternahm der Gegner mit gleichem Misserfolg schwächere Vorstöße.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karstschicht ist die Artillerieschlacht in vollem Gange. Stellenweise versuchte die feindliche Infanterie zum Angriff anzusetzen; unser Geschützfeuer hielt sie jedoch nieder.

An der Pleimtschfront dauern die Geschützschüsse fort; die Lage blieb unverändert.

Am Cimone haben unsere Truppen in der Zeit vom 23. September bis 2. Oktober 35 Italiener aus der Verschüttung geborgen. Im ganzen wurden 482 Gefangene eingebracht, 6 Maschinengewehre, 3 Minenwerfer, viele Gewehre erbeutet.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

#### In Albanien nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.  
v. Dörfel, Feldmarschallleutnant.

### Ereignisse zur See.

Am 4. abends hat ein Seeräuberboot die feindliche Seekriegsflotte bei Grado, dann militärische Objekte in Monfalcone, San Canziano und Staranzano mit schweren, mittleren und leichten Bomben mit sehr gutem Erfolge belegt. Die Flugzeuge sind trotz heftiger Beschließung alle unverletzt eingedrückt.

### Flottenkommando.

Amuzacena an der Dobrubtschafont entwickelte und der mit der Niederlage des zum Angriff vorgegangenen Feindes endete, dem gänzlich zurückgetriebenen Gegner bedeutende Verluste bei und vernichteten eines seiner Bataillone, wobei sie die überlebenden 2 Offiziere und 100 Soldaten gefangen nahmen.

### Der Vize-Generalissimus.

## Die feindlichen Heeresberichte.

### Der französische Tagesbericht.

Vom 4. Oktober nachmittags. (W. Z. B.)

Nördlich der Somme verblühten die Franzosen die Eroberung der mächtigen deutschen Schützengrabenslinie zwischen Morval und dem Walde von St. Pierre Baast. Sie machten ungefähr zweihundert Gefangene, darunter zehn Offiziere. Südlich der Somme lebhafteste feindliche Geschützfeuer in der Gegend von Velloren-Santerre. Die Nacht verlief auf der übrigen Front ruhig. Schlechtes Wetter behinderte die Operationen in der Luft an dem größten Teile der Front.

Vom 4. Oktober abends. (W. Z. B.) Kein bedeutendes Ereignis auf der ganzen Front. In der Sommegegend das übliche Geschützfeuer, das in der Umgebung von Velloren und von Auffevillers heftiger war. Unsere Infanterie machte östlich von Morval Fortschritte. Im Etiaß Kampf mit Schützengrabengeschützen auf dem Varenkopf und dem Reichsoderkopf.

Belgischer Bericht. Nichts Besonderes zu melden. Französischer Heeresbericht von der Orientarmee vom 4. Oktober. (W. Z. B.) Die serbischen, französischen und russischen Streitkräfte legen ihren Vormarsch siegreich fort. Sie erreichten in der Nacht vom 3. auf den 4. die Linie Votekine—(Westabhang des Rajmatalan) Terna-Bogen—Ronali—Kogocani. Ihre linke Flanke hält Wiodori am Fuße des Ticevoberges. Im Strumatal haben die Engländer heftige Angriffe bei Jenitöj zurückgeschlagen.

### Die englische Meldung.

Vom 4. Oktober. (W. Z. B.) Courcourt l'Abbaye ist ganz in unseren Händen. Beträchtliches Artilleriefeuer südlich von der Ancre.

Vom 4. Oktober abends. (W. Z. B.) Die feindliche Artillerie entwickelte lebhafteste Tätigkeit, besonders in der Nähe der Höhenzollernschanze und zwischen Queudcourt und Courcourt l'Abbaye. Ein verlustreicher feindlicher Gendarmenangriff in der letztgenannten Gegend wurde abgeschlagen, wobei die Verwundeten im Stich gelassen wurden. Beträchtliche Artillerietätigkeit südlich der Straße Ipern—Menin. An anderen Stellen Ruhe. Der Regen hielt fast den ganzen Tag an.

Englischer Bericht aus Saloniki vom 4. Oktober. (W. Z. B.) Am 3. Oktober frühmorgens rückten wir von unserer neuen Stellung bei Karasabaki vor und eroberten den Teil von Jenitöj, der südlich der Straße nach Seres liegt. Zwei bulgarische Gegenangriffe, die morgens unternommen wurden, wurden zurückgewiesen. Am Abend wurde ein dritter Gegenangriff mit frischen Truppen unternommen; der Kampf dauert fort. Die Verluste des Feindes sind schwer.

### Der russische Kriegsbericht.

Vom 4. Oktober. (W. Z. B.) Westfront: In der Gegend westlich von Dubnow bei Szelow—Kozynica hält

der erditterte Kampf an. An der Tiennoten und ebenso an der Quelle der Flota Ripa hält der Feind erdittert seine Stellungen fest. Im Laufe des Kampfes in der Gegend von Dorna-Batra wurde der tapfere Brigadegeneral Horanow, der an den Kriegen von 1877 und 1904 teilgenommen hatte, schwer verwundet. An der übrigen Front flackernde Artillerie und Gewehrfeuer. An der Dobrudschafront beschossen russische Kanonenboote an der Donau den linken bulgarischen Flügel bei Rastowa am Berge Cernaboda. Unser Vormarsch in der Gegend Rastowa-Robadinet-Berweli hält an. — An der Kaukasusfront ist die Lage unverändert.

#### Weldung der italienischen Seeresleitung.

Vom 4. Oktober. (B. Z. V.) An der ganzen Front Artilleriekämpfe. Die feindliche Artillerie zeigte gestern im Abschnitt von Görz und auf dem Karst größere Tätigkeit. Im Travnigol-Tal (Avis) griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung mehrmals auf dem Südbahngang an. Er wurde überall glatt zurückgeschlagen und erlitt schwere Verluste. Auf den Nordabhängen des Colbricon gelang es unseren Truppen durch einen kräftigen Gegenangriff, den neuem in der Richtung auf die Höhe Colbricon Piccola Gelände zu gewinnen. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Ronfalcone und auf andere kleine Ortschaften am unteren Isonzo; ein Loter und ein Verwundeter. Eins unserer Fliegergeschwader bombardierte wirkungsvoll den Bahnhof Rabresina auf dem Karst.

#### Serbischer Seeresbericht.

Vom 3. Oktober. (B. Z. V.) Der auf dem Rajmalcan geflagelte Feind weicht vor unseren Truppen zurück. Wir verfolgten ihn auf der Höhe 1800 auf der Linie Tassalino-Cernerila-Debarele. Diesen letzteren Fluß haben wir überschritten. Wir sind 500 Meter südlich von Roneti angekommen. Die Franzosen sind auf gleicher Höhe.

Vom 4. Oktober. (B. Z. V.) Unsere droben Truppen haben am 3. die Verfolgung des geschlagenen Feindes fortgesetzt und an einigen Stellen die Cernerila überschritten. Wir schlugen die feindlichen Truppen auf dem Rido-Berge und zwangen sie, panikartig zu fliehen. Der Bahnhof Roneti ist in unserer Gewalt. Das befreite Serbien mißt jetzt 200 Quadratkilometer. Es zählt sieben Dörfer und hat 45 Kilometer Grenzen.

#### Die englischen Verluste.

London, 2. Oktober. (B. Z. V.) „Daily Telegraph“ meldet folgende Zusammenfassung der englischen Verluste: Im Juli 7071 Offiziere und 52 001 Mann, im August 4698 Offiziere und 128 097 Mann, im September 5408 Offiziere und 118 780 Mann, zusammen 17 167 Offiziere und 288 878 Mann.

#### Ausmusterung der französischen Jahrgänge 1917 und 1918.

Paris, 4. Oktober. (B. Z. V.) In der amtlichen Begründung zur Ausmusterung der Jahrgänge 1917 und 1918 heißt es u. a.: Die Ausbildung des Jahrganges 1917 geht dem Ende entgegen. Die Zurückgestellten der Jahrgänge 1917 bis 1919, die für den Heeresdienst oder die Hilfstruppen tauglich sind, sind unter die Fahnen gerufen. Die Regeln weiter Vorkurs machen es zur Pflicht, die Ausbildung und Ausmusterung des Jahrganges 1918 vorzunehmen. Wir dürfen nicht unvorbereitet sein, wenn eines Tages die Umstände die Einreihung der Jahrgänge erheischen. Zweckmäßiger Erledigung der Aushebungsarbeiten ist beabsichtigt, die Beteiligung höherer Militärs bei den Aushebungskommissionen aufzuheben. Der Vorsitz soll statt durch Präfecten durch Unterpräfekten zu führen sein. Die Beteiligung von militärärztlichen Kommissionen sowie Sonderkommissionen für Zurückgestellte ist ausgeschaltet. Dies bedeutet, daß tauglich erklärte nicht reaktivieren können. Es wird hinzugefügt, daß trotz der neuen Bestimmungen die Aushebungskommissionen mit aller wünschenswerten Rücksicht vorgehen werden.

#### Vom U-Boot-Krieg.

Amsterdam, 4. Oktober. (B. Z. V.) Nach einem bruchlosen Verlaufe ist das Dampfschiff „Serusa“, das heute nacht nach Manchester ausgefahren ist, bei dem Nordhinder Leuchtschiff in Seenot. Nach einem weiteren Telegramm ist das Schiff 7 Meilen westlich von Nordhinder Leuchtschiff torpediert worden.

Dronheim, 5. Oktober. (B. Z. V.) Der Dampfer „Anud Jarl“ (1070 Brutto-Registertonnen) ist am vergangenen Freitag an der Murmanküste versenkt worden. Eine Expedition geht zur Abholung der Mannschaft ab.

Paris, 5. Oktober. (B. Z. V.) Auf der Reise von Sien nach Archangel ist der Dampfer „Nesjar“ wahrscheinlich am 1. Oktober durch ein deutsches Unterseeboot an der Murmanküste versenkt worden. Das Schiff war für 1 800 000 Kronen versichert.

#### Gegen einen „voreiligen“ Frieden.

Bern, 4. Oktober. (B. Z. V.) „Giornale d'Italia“ belämpft in einer Korrespondenz aus London den Friedensgedanken. Die Entente könne unmöglich heute auf Grund der gegenwärtigen militärischen Lage in Friedensverhandlungen eintreten. Deutschland besitze allzu viel Hauptstädte, als daß man bei einer diplomatischen Erörterung über den Frieden hier von absehen könnte. Bevor die Entente Friedensverhandlungen beginne, müsse zuerst die gegenwärtige militärische Lage in radikaler Weise geändert werden. Solange Deutschland, wie bisher in Feindesland stehe, könne man ihm unmöglich zumuten, die besetzten Provinzen zu räumen, gewisse Provinzen, die es vor dem Kriege besaß, auszuliefern, auf seine Kolonien zu verzichten und den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Von einem solchen Frieden könne jetzt nicht die Rede sein. Man müsse den Winter dazu benutzen, den Sieg der Entente für das Frühjahr vorzubereiten. Wer sich heute dem Zweifel, Müdigkeit und der Entmutigung hingibt, wer heute Friedensgedanken hege, begebe ein schweres Verbrechen gegen den Patriotismus. Die heutigen Erfolge könne man als Beweis für den zukünftigen Sieg ansehen, aber man dürfe sie unter keinen Umständen als genügend betrachten, um einen voreiligen Frieden anzubahnen, der ein Hofn auf die bisher gebrachten Opfer wäre. Man müsse die Geister zu neuen Opfern anfeuern.

#### „Manchester Guardian“ gegen Lloyd Georges Kriegsrede.

Manchester, 30. September. (B. Z. V.) „Manchester Guardian“ verurteilt im Leitartikel Lloyd Georges Kundgebung an die Vereinigten Staaten. Das Geranahmen des Friedens, sagt das Blatt, müsse eines Tages doch durch die Neutralen, und zwar besonders durch Amerika kommen. Wir verstehen deshalb nicht, weshalb Lloyd George es für notwendig gehalten hat, jede „Einmischung“ zurückzuweisen. Von irgendwelcher Einmischung außer von Anregungen oder Ratschlägen kann nicht die Rede sein, und wir wissen nicht, weshalb wir nicht zur geeigneten Zeit Ratschläge der Staatsmänner in Washington anhören oder freundschaftlich berücksichtigen sollten. Wir wissen nicht, weshalb man den Vorschlag ablehnen läßt, ehe er noch gemacht war. Das Blatt glaubt nicht, daß die Zeit für eine neutrale Vermittlung schon gekommen sei, aber es weist darauf hin, daß Lloyd George der Kriegssekretär ist, und daß nur der Premierminister oder der Staatssekretär des Auswärtigen befugt sind, im Namen der Nation zu sprechen, falls England tatsächlich aus gewichtigen Gründen ablehnen sollte, seine politischen Ziele mit den Vereinigten Staaten zu erörtern.

#### Der schwedische Ministerpräsident über Friedensvermittlung.

Stockholm, 4. Oktober. (B. Z. V.) Der schwedische Ministerpräsident Hammarström hat wie „Dagens Nyheter“ berichtet, einem Vertreter der „Associated Press“ eine Unterredung gewährt, in der er, auf die Neutralitätsfrage eingehend, betonte, daß Schweden von Beginn des Krieges an fest an seiner angelegentlichsten Neutralität nach allen Seiten hin festgehalten habe und hoffentlich allen Schwierigkeiten zum Trotz auch daran würde festhalten können. Eine Friedensvermittlung könne für Schweden jetzt nicht in Betracht kommen, da ein solcher Versuch zurzeit auf beiden Seiten Unbarmherzigkeit ernten würde: Den Mittelmächten wäre nicht damit gebietet, wenn behauptet würde, Schweden handle in ihrem Auftrag, da ihre Lage dadurch ungünstig ausfallen würde. Beim Viererband aber würde ein Vermittlungsversuch auf den Verdacht stoßen, wir wollten seinen Feinden helfen. Auf beiden Seiten also würde unser Vorgehen als unneutral aufgefaßt werden. Die Schwärzen listen des Viererbandes seien für schwedische Bürger eine Beschänkung ihrer Rechte, die zu schätzen die schwedische Regierung berufen sei. Hoffentlich werde sich Amerika nicht von einem Zusammengehen mit den anderen neutralen Staaten abhalten lassen; es habe freilich weniger unter dem Kriege gelitten, als die den Kriegsschauplätzen näher gelegenen Staaten. Das Verlangen, Schweden solle seine Einfuhr an gewissen Gütern auf den Durchschnittsverbrauch früherer Jahre beschränken, sei für Schweden unannehmbar und herkömmliche nicht Veränderungen oder Vermehrung des Bedarfs durch die Entwicklung der schwedischen Industrie, die durch ungenügende Rohstoffzufuhr nicht gehemmt werden dürfe.

#### Friedensbedürfnis in Frankreich.

Bern, 4. Oktober. (B. Z. V.) Aus einem Zeitartikel Herbés in der „Victoire“ geht hervor, daß sich die französischen Spätere zu Zeichnungen der neuen Kriegsanleihe nicht gerade drängen. Allgemein heiße es: „Wenn niemand die neue Anleihe zeichnet, werden die Regierungen bald gezwungen sein, Frieden zu schließen“. Ueber dieses unheimlich eingeschaltene Friedensbedürfnis ist Herbés sehr empört. Er macht seine Landsleute darauf aufmerksam, daß in Deutschland keineswegs so gedacht werde. Wenn Frankreich jetzt den Widerstand infolge mangelnder Geldmittel aufgeben möchte, würden die Deutschen sogar bis Südfrankreich vordringen. Es sei nicht anzunehmen, daß ganz Frankreich dieser verrückten Anschauung huldiige, die als Sabotage an der Kriegsanleihe bezeichnet werden müsse. Alle Munitionsfabriken Amerikas und der neutralen Länder seien für die Alliierten beschäftigt; man könne also die Regierung nicht im Stich lassen, sondern müsse soviel Geld zusammenbringen, um einen ehrenvollen und dauernden Frieden abzuschließen zu können.

#### Hughes und Roosevelt.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus Rotterdam vom 5. Oktober gemeldet:

Roosevelt und Taft, die alten Gegner der Präsidentenwahl von 1912, haben nach einer Reuterdepesche aus New York bei einem Empfang zu Ehren des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Hughes das Wort genommen. Sämtliche Redner griffen die Regierung Wilsons an. Hughes erklärte, man sage, die Alternative der Politik der heutigen Regierung sei der Krieg. Er finde aber, daß die Alternative in Wahrheit laute: „Entweder Frieden mit Ehren oder Frieden mit Unehren!“ Im besonderen erklärte Roosevelt, der Reichstag werde über die Wiederaufnahme des U-Bootkrieges nicht verhandeln, und betonte, daß ein Präsident der Vereinigten Staaten, so wie er ihn sich denke, eine derartige Erörterung nicht dulden dürfe.

Rotterdam, 5. Oktober. (B. Z. V.) Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus London gemeldet, daß nach einem telegraphischen Bericht aus den Vereinigten Staaten die offizielle Ausöhnung zwischen Roosevelt und Taft gestern abend im Union-League-Klub besiegelt worden ist. Die Presse war dabei nicht zugelassen.

#### Sunyatsen für eine südchinesische Republik.

London, 5. Oktober. (B. Z. V.) „Central News“ meldet aus Hongkong, daß Sunyatsen sich an die Spitze einer Bewegung gestellt hat, die auf die Bildung einer südlichen Republik mit den Provinzen Hunan, Kwetschow, Szechuan, Kwangsi, Kwangtung und Französisch-Indochina abzielt.

#### Kleine Kriegsnachrichten.

Bern, 5. Oktober. (B. Z. V.) Das römische Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, wonach die Zurückgestellten der Jahrgänge 1876 bis 1881 sich einer neuen ärztlichen Untersuchung unterziehen müssen, die Diensttauglichen werden sofort eingesetzt werden und dann einen probatorischen Urlaub erhalten. — Der „Agenzia Nazionale“ zufolge soll das neue Aushebungsgehalt zwischen dem 15. Oktober und dem 7. Dezember stattfinden.

Konstantin, 5. Oktober. (B. Z. V.) Der erste Transport von französischen Sanitätsmannschaften ist gestern abend von hier nach Lyon abgegangen. Weitere Transporte sind für heute, Sonnabend, Montag, Mittwoch und Freitag vorgesehen. Es werden mit diesen fünf weiteren Sonderzügen noch etwa zweitausend französische Sanitätsmannschaften und etwa 160 Sanitätsoffiziere die Rückreise in ihre Heimat antreten.

Konstantin, 5. Oktober. (B. Z. V.) Heute morgen um 8.37 Uhr traf der erste schweizerische Sanitätszug mit deutschen Sanitätsmannschaften hier ein. Es kamen 160 Sanitätsmannschaften und zehn Aerzte, letztere meist aus Logo und Kamerun, an. Unter den Angekommenen befinden sich viele, die seit September 1914 in Gefangenschaft waren. Gegen 2 Uhr reisten die Mannschaften von hier wieder ab.

#### Politische Uebersicht.

##### Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstags.

Den Beratungen des Reichshaushaltsausschusses wohnte am Donnerstag wieder eine große Anzahl von Abgeordneten als Zuhörer bei. Es wurde die Besprechung über die Kriegslage und über die auswärtige Politik weitergeführt. Von den Abgeordneten sprachen Erzberger (Z.), Debebour (Soz. Arb.), von Bayer (Wp.), Scheidemann (Soz.), Schiffer (natl.) und Lensch (Soz.). Diesen antworteten Staatssekretär des Auswärtigen Amt v. Jagow, Staatssekretär des Reichsmarineamts Capelle, Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich und der Untersaatssekretär aus dem Auswärtigen Amt Zimmermann. Die Verhandlungen gehen heute Freitag weiter.

Eingegangen ist im Haushaltsausschuß ein Antrag des Zentrums, der vorschlägt, zu beschließen, daß der Reichstag den Haushaltsausschuß ermächtigt, zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Kriegs-

auch während der Vertagung des Reichstags zusammenzutreten. Außerdem hat die nationalliberale Fraktion ihren bereits mitgeteilten Gesetzentwurf über die Schußhaft während eines Kriegszustandes jetzt auch im Ausschuss eingebracht.

##### Die Parteigruppierungen im Reichstage.

Entgegen den gestern hier wiedergegebenen Aeußerungen des „Südrhein-Abendblattes“, als handle es sich bei den jüngsten Parteigruppierungen um ein konzentrisches Vorgehen der Konservativen und Nationalliberalen und als sei auch das Zentrum oder ein großer Teil des Zentrums im Begriff, zu der „großen, ziemlich geschlossenen Gruppe“ der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen einzuschwenken, heißt es in einer Zuschrift des „Berliner Tageblatts“ aus parlamentarischen Kreisen:

„Es trifft zu, daß ein Teil, aber auch nur ein ganz kleiner Teil des Zentrums augenscheinlich die Rangierfronde unterstützt. Die Führer dieser Gruppe scheinen die beiden bayerischen Abgeordneten Dr. Pfeleger und Freiherr v. Brandenstein zu sein. In den bisherigen Verhandlungen des Reichshaushaltsausschusses sind aber weder diese beiden Herren, noch ihre Meinungen hervorgetreten. Alle bisherigen Redner des Zentrums im Ausschuss haben vielmehr nicht den mindesten Zweifel darüber gelassen, daß sie die Rangierfronde nicht mitmachen wollen und sie entschieden verurteilen. Von anderen, und zwar den maßgebenden Führern der Fraktion, konnte man sogar starke Worte der Entrüstung hören. Auf der anderen Seite ist es aber auch nicht zutreffend, daß etwa die Nationalliberalen geschlossen in der Reihe der Rangierfronde und Rangierbürger ständen. Auch hier gibt es eine anfällige und angenehme Gruppe, die ganz andere Meinungen vertritt und den Augenblick für alle derartigen Treibereien für den denkbar ungünstigsten hält. Es sind vor allem die Abgeordneten Schiffer, Jund, Prinz Schönau, Carolaß und Freiherr v. Rachtowen, die sich gegenüber den alldeutschen Strömungen und Bestrebungen fortgesetzt ablehnend verhalten.“

Demgegenüber wird doch daran festgehalten werden müssen, daß die dissentierenden Elemente der nationalliberalen Fraktion nur über einen recht unbeträchtlichen Einfluß verfügen. Die große Mehrheit der Partei marschiert „unentwegt“ hinter ihrem Bassermann und Stresemann, deren Haltung sich in den wichtigsten Fragen durch nichts von der der Konservativen unterscheidet. — Was das Zentrum betrifft, so liegt eine Aeußerung des Zentrumspräsidenten Dr. Julius Wachem im „Tag“ vor, in der es u. a. heißt:

„Mehr und mehr wird hoffentlich auch den weitesten Kreisen des deutschen Volkes, gewisse Zentrumskreise nicht ausgeschlossen, die Erkenntnis ausgehen, wie richtig und dem vaterländischen Interesse dienlich es war, daß seinerzeit die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages in die ansehende Tirpitzfronde sich nicht einspannen ließ, sondern unbeirrt durch irreführende populäre Strömungen selbständig und zielbewußt ihren Weg ging. Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumsfraktion hat eben in seiner aus ganz Deutschland zahlreich besuchten Frankfurter Tagung diese Haltung des Zentrums ausdrücklich und einstimmig gebilligt.“

Hierzu bemerkt das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“:

„Damit können wohl die nationalliberalen Spekulationen als erledigt gelten.“

Ob diese kategorische Erklärung den Tatsachen völlig gerecht wird, läßt sich allerdings bezweifeln, nachdem noch gestern in der gesamten Presse unbestritten festgestellt werden konnte, daß sich im bayerischen Zentrum zwei Lager gegenüberstehen. Der größere Teil der Partei unter Führung von Dr. Heim und Dr. Schlitzenbauer, zu denen auch viele einflussreiche Reichsratsmitglieder und hohe Geistliche stehen, sei für rücksichtslose Kriegführung gegen England, während eine kleinere Gruppe unter Führung des Domprobstes Dr. Wihler, des alten Feindes Dr. Heims, dem Diktate Erzbergers und Julius Wachems gehorche und sich gegen jede der Regierungspolitik nicht genehmen „Bewegungen“ und Ausschüffe wende.

Daß diese Spaltung im bayerischen Zentrum, die sich in heftigen Pressefehden geäußert hat, auch auf die Haltung der Zentrumsfraktion im Reichstage zurückwirken muß, liegt auf der Hand.

##### Die Rangierfronde im sächsischen Landtage.

Dem sächsischen Landtage ist eine mit vielen Unterschriften bedeckte, von den Konservativen ausgehende Petition zugegangen, in der verlangt wird, beide Kammern möchten einen gemeinsamen Ausschuss einsehen, und die Ministerien des Innern und des Aeußern ersuchen, vor diesem die Gründe zu entwickeln, aus denen die sächsische Regierung der Politik des Reichskanzlers zustimmt. Die Ständekammern sollen ferner der Staatsregierung erklären, daß sie die bisherige auswärtige Politik des Reichskanzlers als den Interessen des Reiches schädlich erachten, und sollen die Regierung auffordern, allen ihren verfassungsmäßigen Einfluß im Bundesrat und darüber hinaus, aber auch ihren auf langjährige Freundschaft und Bündnisse gegründeten Einfluß bei den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten auszubieten, um unbeschränkt sowohl die uningeschränkte Durchführung des Unterseeboot- und Luftschiffkrieges gegen England zu beginnen, wie auch die Beschränkung der Zensur auf militärische Angelegenheiten unter Einhaltung des Burgfriedens und Erhaltung des Siegeswillens zu erreichen.

##### Reichspartei und „Neues Deutschland“.

Unter dieser Ueberschrift bringt die freikonservative „Post“ folgende Erklärung:

„Verschiedene Anfragen, welche auf Grund des Artikels: „Staatsmännliche Publizität“ in der früheren Wochenchrift, jetzigen Halbmonatsschrift „Das Neue Deutschland“ an die Zeitung der Reichs- und freikonservativen Partei gerichtet worden sind, geben dieser Vereenigung zu der Mitteilung, daß das frühere Verhältnis der Reichs- und freikonservativen Partei zu der genannten Halbmonatsschrift seit einem Vierteljahr gelöst worden ist, und daß die in ihr enthaltenen Artikel seit diesem Zeitpunkt einer Zensur der Partei nicht mehr unterliegen und nur unter der Verantwortung des Herausgebers erfolgen.“

Der hier erwähnte Artikel von Dr. Grabowsky nagelte unter anderem die publizistischen Gepflogenheiten des Grafen E. v. Reventlow fest, der sich mehr und mehr zum Hauptbannträger der alldeutschen Reichspolitiker entwickelt hat. Dieses Attentat gegen ihn ist nun „gerächt“.

#### Letzte Nachrichten.

##### Ministerwechsel in Rußland.

London, 5. Oktober. (B. Z. V.) Reuter erfährt, daß wichtige ministerielle Veränderungen in Rußland infolge der Ernennung von Protopopoff zum Minister des Innern bevorstehen. Der Name des liberalen Präsidenten der Duma, Rodzianko, wird im Zusammenhang mit der Beförderung eines hohen Amtes genannt. Bisher sind die Nachrichten noch nicht amtlich bestätigt.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.  
Eine feine Sincure.

So überschrieben wir kürzlich einen Verhandlungsbericht aus der Schlichtungskommission der Schneider. Dort hatte die Frau eines zum Heere einberufenen Innungsmitgliedes die Arbeit von der Werkgenossenschaft auch weiterhin erhalten, ohne aber nur einen Finger zu rühren. Sie übertrug vielmehr einem anderen Schneidermeister die Arbeit, der dieselbe von der Ausgabe stelle abholte und wieder hinfuhrte. Die Arbeiterfrau hatte also rein nichts zu schaffen damit, ihre Tätigkeit bestand einzig und allein darin, daß sie die 25 Proz. vom Arbeitsverdienst als Unternehmergewinn einsteckte und dem Meister 75 Proz. zahlte, also den Satz, der dem letzten Arbeiter zusteht. Ueber diese merkwürdige Methode, Renten zu gewahren, herrschte bei der Schlichtungskommission nur eine Ansicht, und der Vertreter des Verleumdungsamts sagte einem anwesenden Mitgliede der Werkgenossenschaft in unverblümter Weise, daß dieses Verfahren von der Militärbehörde aufs schärfste mißbilligt würde, die keine Veranlassung habe, Renten zu zahlen. Das kleine Handwerk solle wohl unterstügt werden, aber nur soweit es tatsächlich selbst arbeite.

Man hätte nun meinen können, daß die Werkgenossenschaft sich diese Veltion merken würde. Dem scheint aber nicht so zu sein, vielmehr werden wiederum Beschwerden laut, die auf die Weiterführung dieser Praxis hinweisen. Unter anderem ist die Beschwerde eines Schneidermeisters zu verzeichnen, bei dem die Sache, wie oben geschildert, liegt. Die Leitung der Werkgenossenschaft vertritt nunmehr der Standpunkt, daß sie so handeln diese und niemand es ihr verbieten könne, auf diese Weise Frauen von Innungsmitgliedern zu unterstützen. Diese Ansicht ist irrig. Ganz abgesehen davon, daß auf diese Art Lohnrückerei geübt wird, denn der Meister kann den letzten Arbeiter nicht mit 75 Proz. bezahlen, wenn er selbst nur so viel erhält, läuft diese Methode auf ein willkürliches und unkontrollierbares Renteninsystem hinaus, wozu die Genossenschaft keine Befugnis hat. Will sie ihren Mitgliedern Gutes tun, so mag sie in die eigene Tasche greifen, die jetzige Uebung ist jedenfalls unstatthaft.

## Deutsches Reich.

### Teuerungszulagen im Hamburger Hafen.

Aus Anlaß der Differenzen bei den Schauerleuten schrieb die Ortsverwaltung Hamburg des Transportarbeiterverbandes dem Hafenbetriebsverein am 14. August, daß die allgemeine Auffassung der Hafenarbeiter dahin geht, daß die jetzigen Löhne den bestehenden Verhältnissen nicht entsprechen. Obgleich die Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes mehrfach Entwürfe zwecks Vespredung dieser Angelegenheit an den Hafenbetriebsverein gerichtet hat, lehnte dieser Verhandlungen ab. Da die Vespredungen der Hafenarbeiter weder durch Stillschweigen noch durch Gewaltmaßnahmen unterdrückt werden konnten, ließ die Organisation kein Mittel unberührt, eine Regelung herbeizuführen. Es fanden Verhandlungen mit dem Generalkommando und später mit der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe statt. Die Deputation schrieb dem Verbands am 28. September, daß die Verhandlungen über die Gewährung einer weiteren Teuerungszulage an Hafenarbeiter nunmehr abgeschlossen sind und zu dem Ergebnis geführt haben, daß der Hafenbetriebsverein die jetzige arbeitermäßige Kriegszulage für Hafenarbeiter (dieselbe wurde am 8. Mai 1918 gewährt) vom 2. Oktober ab von 50 Pf. auf 1 M. erhöht hat. Beteiligt an dieser Lohnerhöhung sind die Schauerleute, Schiffsteuiger, Kesselreiniger und Dohrarbeiter, Speicherarbeiter, Getreidearbeiter, Emersführer und Deckaufschiffer, Hafendampferpersonal und Kohlenarbeiter. Der Verein der am Kohlenhandel Beteiligten hat die gleiche Erhöhung auch den Kohlenarbeitern und Kautschukern in den Teuerungszulagen zugesagt.

Auch mit dieser Zulage von 1 M. pro Tag müssen die Hafenarbeiter den größten Teil der Mehraufwendungen für Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände auf sich nehmen, da die Zulage keineswegs als ausreichend bezeichnet werden kann.

## Aus der Partei.

### Presse-Jubiläen.

Wieder konnten mehrere Parteiblätter mit Beginn dieses Oktober eine Erscheinungszeit registrieren, auf die man zu gewöhnlichen Zeitläuften mit einer gewissen Freude hinblickt, die man aber auch in dieser todernten Zeit wenigstens nicht ohne einen Blick der Genugtuung auf das oft unter erschwerten Umständen geleistete hingehen läßt. Die „Volkzeitung“ in Weimar ist nun 10 Jahre alt geworden und die „Schwäbische Volkszeitung“ in Augsburg kann gar auf 25 Jahre zurückblicken.

Am 1. Oktober 1906 erschien die erste Nummer der Weimarer „Volkzeitung“. Mit 1700 Abonnenten war sie ins Leben getreten, deren Zahl sich bis zum Schluss des Jahres mehr als verdoppelte, auf 2700 stieg. Ueber fünf Jahre erfolgte die Verfestigung des Blattes in Weimar in der Druckerei der „Neuzeitlichen Tribüne“. Die erfreulicherweise fortgesetzt steigende Zahl der Leser und der Anstich der sozialdemokratischen Zeitungslieferanten aus dem 1. und dem 2. weimarer Wahlkreise, deren Organ zuletzt die Zeitung „Thüringen“, die in der Druckerei der „Tribüne“ zu Erfurt hergestellt wurde, war, führte dazu, daß vom 1. Januar 1913 ab die „Volkzeitung“ in der in Jena errichteten eigenen Druckerei erscheinen konnte. Die Entwicklung des Zeitungsunternehmens, der Druckerei wie des Verlagsgeschäftes war eine recht erfreuliche und rechtfertigte die Hoffnungen, die von den in eisiger vieljähriger Vorarbeit tätigen Genossen gehegt worden waren, in vollem Maße. Dann kam der Krieg, der dem jungen Unternehmen gewaltige Opfer auferlegte. Doch auch in dieser schlimmsten aller Zeiten ist die „Volkzeitung“ dem Proletariat des Großherzogtums Sachsen — trotz aller Demümnisse — wie Belagerungszustand, Vurgfriede und Zensur — die vornehmste Waffe in ihrem Kampfe geblieben. — Länger ist die Geschichte der „Schwäbischen Volkszeitung“. Dabei ist sie keineswegs die erste sozialdemokratische Zeitung, die in Augsburg erschien. Schon im Sommer 1869 hatten rührige Genossen ein Organ herausgegeben „Der Proletarier“, das Eigentum des Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeitervereins war, der seit 1864, also noch zu Lebzeiten Lassalles, in Augsburg eine „Gemeinde“ aufwies. Innere Kämpfe, vor allem aber der deutsch-französische Krieg verurteilten das Eingehen des „Proletarier“. Anfangs 1876 konnte denn auch — dreimal wöchentlich — der „Vollwille“ erscheinen. Als Opfer des Sozialistengesetzes mußte jedoch dieses Blatt Ende 1879 eingehen. Erst nach einem Duzend von Jahren nach Eingehen des „Vollwille“ konnten die Augsburger Arbeiter ein neues Parteiorgan, die „Volkzeitung“ für Augsburg und Umgegend“ besitzend. Redigiert von Genossen Karl Dreder, gedruckt bei W. Ernst in München, versprach das neue Blatt „ein wirklich unabhängiges Organ zur Vertretung der politischen und kommunalen Interessen der niederen Volksklassen der Augsburger Bevölkerung zu werden, das eine „längst und schließlich empfundene Lücke auszufüllen berufen war“. Es fehlte freilich nicht an Rückschlüssen, auf eine kurze Spanne Zeit mußte die „Volkzeitung“ als selbständiges Organ das Erscheinen einstellen und unter Münchener Parteiblättern an

keine Stelle treten. Nicht lange dann trat Genosse Kollwagen in die Presse und machte dem Interregnum ein Ende durch die von ihm herausgegebene „Augsburger Volkszeitung“, deren erste Nummer am 17. März 1900 erschien, zuerst wöchentlich zweimal, dann dreimal, ab 1. April 1903 täglich. Als „Schwäbische Volkszeitung“ wurde im Jahre 1906 das Blatt von der Partei selbst übernommen und erschien von da ab täglich achtseitig, die Uebernahme der Druckerei in Parteieigentum erfolgte im April 1911, im gleichen Jahre der Umzug in das neuerrichtete eigene Betriebsgebäude. Es ist ein gewaltiges Stück Parteiarbeit, das in der Zeit von 1891 bis 1918 in Augsburg und Schwaben geleistet wurde. Wenn die Sozialdemokratie in Augsburg am Marschieren ist, so verdankt sie das in erster Linie ihrer Presse, die bei beschränkten Mitteln und unter schwierigen Verhältnissen eine Pionierarbeit geleistet hat.

## Aus Industrie und Handel.

### Maßlose Forderungen der Tabakbauern.

Die Reichsregierung hat bekanntlich, um eine weitere Preistreiberi auf dem Rohstoffmarkt zu verhindern, ein Einfuhrverbot erlassen und auch den weiteren freihändigen Verkauf des Inlands tabaks vorläufig verboten. Es fand nun, wie die Presse bereits gemeldet hat, kürzlich in Mannheim eine Vespredung zwischen Interessenten und Regierungsvertretern statt, um die Neuregelung des Verkehrs mit Rohstoff zu organisieren. Das Bestreben, den Rauchern, darunter vor allen Dingen den im Felde stehenden Kämpfern, auch weiterhin eine möglichst preiswerte Zigarre zu liefern, scheinen unsere Tabakbauern durch maßlose Preisforderungen zu durchkreuzen. Bei der Mannheimer Vespredung herrschte über alle Organisationsfragen nach längerer Aussprache volle Einmütigkeit. Nur in der Preisfrage konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Vertreter der Tabakpflanzer forderten nämlich 120 M. bis 180 M. für den Zentner, je nach der Beschaffenheit des Tabaks, unter Hinweis auf die bei letzten Frühkäufen gezahlten Preise. Zur Beurteilung der Höhe dieser Preise muß darauf hingewiesen werden, daß die zuletzt im freihändigen Verkehr gezahlten Preise nur durch wahnwitzige Spekulationen und wilde Preistreiberi zustande gekommen sind, niemals aber als Grundlage für einen gerechten Preis genommen werden können. Hierfür müßte vielmehr, worauf auch ein Regierungsvertreter hinwies, der Durchschnittspreis der letzten 10 Jahre in Betracht gezogen werden. Dieser betrug aber für die letzten 10 Friedensjahre nur 30 M., auch der Laie wird danach ermessen können, daß die von den Pflanzern geforderten Preise selbst unter weitgehender Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse jedes Maß übersteigen. Will man nicht geradezu unverantwortlich gegen die Allgemeinheit handeln, so können ihnen keinesfalls Preise, die 60 M. bis 90 M. übersteigen, bewilligt werden, denn bei Zugrundelegung der von ihnen geforderten, wäre es unmöglich, eine Zehnfüßzigarre herzustellen, selbst wenn sie nur aus deutschen Tabakbeständen, da zu berücksichtigen ist, daß sich für den Fabrikanten der Preis des Tabaks durch Schwund und dergleichen (das sogenannte Defale) um etwa 50 Proz. erhöht. Andererseits hat der deutsche Tabak jetzt während des Krieges für die Zigarrenherstellung sehr an Bedeutung gewonnen.

Kommt es daher zur Festsetzung von Höchstpreisen, so können bei ihrer Bemessung nur obige Gesichtspunkte maßgebend sein. Nimmt man davon Abstand, Höchstpreise festzusetzen, so müßte sich die amtliche Preisprüfung unbedingt mit den Forderungen der Tabakpflanzer beschäftigen, denn es ist nicht angängig, daß immer nur Industrie und Handel die Mißbilligkeit der Preisprüfung über sich ergehen lassen müssen, während die Stelle, die bei der Preisbildung die wichtigste ist, nämlich die Erzeugung des Rohstoffes, sich ungestraft der krassen Preistreiberi schuldig machen darf. Von den maßgebenden Stellen ist erst kürzlich der Tabak als ein Gegenstand des täglichen Bedarfs erklärt worden, die Preisprüfungsstellen sind angewiesen worden, ihre Tätigkeit auch auf die Beobachtung und Nachprüfung des Tabakhandels auszudehnen. Dann ist es auch wohl nur eine der ersten Forderungen der Gerechtigkeit, daß man dorthin sieht, wo die Preistreiberi augenscheinlich am schlimmsten getrieben wird.

### Konsolidierung der Drahtkonvention.

Die Vertreter von etwa hundert Drahtwerken kamen am Donnerstag in Hagen zusammen und beschloßen einstimmig, die bestehende Drahtkonvention in festerer Form auszugestalten und eine Kontrollstelle zu errichten. Die Verläufe wurden zu unveränderten Preisen und zwar wie bisher von den einzelnen Werken getätigt.

## Gerichtszeitung.

### Ein Verzweiflungstakt.

Eine Tat der Verzweiflung, durch die vier Menschenleben gefährdet worden sind, lag er gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelten Anklage wegen versuchten Totschlages zu Grunde.

Die 84 Jahre alte Angestellte, Frau Charlotte A. I., wohnte mit ihrer Mutter und ihren beiden Kindern in den Hause Kopenhagener Straße 85. Die nervöse, zur Melancholie neigende Frau hatte schwer mit den Sorgen des Lebens zu kämpfen. Sie lebte seit drei Jahren von ihrem Ehemann, der sie schlecht behandelt haben soll und jetzt im Felde steht, getrennt und hatte nicht nur für ihren Lebensunterhalt und den ihrer beiden im Alter von zehn und zwölf Jahren stehenden Kinder zu sorgen, sondern auch noch ihre kranke Mutter zu versorgen. Sie brachte sich durch Arbeit in einer Schneiderwerkstatt durchs Leben. Da wollte es das Schicksal, daß dem Werkführer 3000 M. aus seiner Rodtasche abhanden kamen und der Verdacht des Diebstahls sich auf die Angestellte lenkte. Eine bei ihr abgehaltene Hausdurchsuchung war ergebnislos. Der Verdacht blieb aber bestehen. Diesen Vorfall nahm sich die Angestellte sehr zu Herzen, sie glaubte diese Schmach nicht ertragen zu können und verfiel nach vielfachem dumpfen Hinbrüten auf den Plan, sich das Leben zu nehmen, aber ihre beiden Kinder nicht hilflos hier zurückzulassen, sondern sie auf die Reise ins Jenseits mitzunehmen. In der Nacht zum 6. Juni schritt sie zur Ausführung dieses Planes. Nachdem ihre Mutter und die Kinder zu Bett gegangen waren, schloß sie die Wohnungstür ab und schrieb einen Abschiedsbrief, in welchem sie erklärte, daß sie den auf ihr ruhenden Verdacht nicht ertragen könne, deshalb aus dem Leben scheiden und ihre Lieben mitnehmen wolle. Dann öffnete sie die Gasbähne in ihrer Wohnung und legte sich nieder, um den Tod zu erwarten. Als Hausbewohner einen starken, aus der Kiochiden Wohnung strömenden Gasgeruch wahrnahmen, benachrichtigten sie die Polizei. Als man die Tür gewaltsam geöffnet hatte, fand man alle vier Bewohner in besinnungslosem Zustand vor. Die sofort angestellten Wiederbelebungsvoruche waren von Erfolg gekrönt: sämtliche vier Personen sind dem Leben erhalten worden. — Nach dem Gutachten des Geheimen Medizinalrats Dr. Strahmann handelt es sich um eine Affektthat, bei der krankhafte Momente wohl mit im Spiele waren; ein Zustand der Bewußtlosigkeit habe aber bei Begehung der Tat nicht bestanden. — Die Geschworenen erklärten die Angestellte des versuchten Totschlages

schuldig und billigten ihr mildernde Umstände zu. — Staatsanwalt Dr. Sieglener beantragte neun Monate Gefängnis. — Der Verteidiger Referendar Hahn empfahl die bedauerndwerte Frau der Milde des Gerichts. Sie wurde zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

### „Protestantischer Schriften-Vertrieb.“

Ein grober Vertrauensbruch lag der Anklage wegen Betruges zugrunde, die gegen den Kaufmann Heinrich Dülfer vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg verhandelt wurde, und ihn beschuldigte, eine vertrauensselige ältere Dame um 9000 M. geschädigt zu haben.

Der Angeklagte war seinerzeit Geschäftsführer bei dem Protestantischen Schriften-Vertrieb. In dieser Eigenschaft war er mit einem inzwischen verstorbenen Fräulein bekannt geworden, die sich trotz verschiedenen Abtraten an dem geschäftlichen Unternehmen mit der genannten Summe, die ihr ganzes Vermögen darstellte, beteiligen wollte. In der Tat ließ sie auch das Kapital aus ihrer Heimat kommen und an eine hiesige Bank überweisen, wo es auch auf das Konto des Protestantischen Schriften-Vertriebs gebucht wurde. Der Angeklagte hob dann als Geschäftsführer das Geld nach und nach ab, jedoch anstatt es im Interesse des Geschäftes zu verwenden, verbrauchte er die ganze Summe für sich. Die Geldgeberin dagegen ließ er, wie aus verschiedenen Schriftstücken hervorging, in dem Glauben, daß das Kapital von 9000 M. in der G. m. b. H. angelegt worden sei. Vor Gericht kam er mit dem Einwand, daß das Fräulein, mit dem er sich sehr gut gestanden und das ihm volles Vertrauen entgegengebracht habe, ihm das Geld als Darlehen gegen angemessene Verzinsung überlassen habe. Das Gericht schenkte ihm jedoch darin keinen Glauben und verurteilte ihn nach dem Antrage des Staatsanwalts zu drei Monaten Gefängnis.

### Für das Honorar des Verteidigers.

Um sich das Honorar für einen Verteidiger zu verschaffen, wollte der vorbestrafte Emil Schühe den Einbruch verüben haben, der ihn gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II führte.

Am 12. August d. J. war der Angeklagte von dem Portier des Hauses abgeholt worden, als er in die Wohnung einer Frau Rechtsanwältin D., die gerade vertriebt war, eingedrungen war und dort eine Menge Goldsachen gestohlen hatte, die einen Wert von mehreren Hundert Mark betragen. Die Wertgegenstände wurden ihm gleich wieder abgenommen und er selbst als vielfach vorbestrafter Dieb verhaftet. Als Veranlassung zu diesem ungeborenen Versuch gab er nun folgenden, sonderbaren Grund an. Er sei in eine Angelegenheit wegen Körperverletzung verwickelt gewesen und habe sich deswegen zu seinem Verteidiger einen Verteidiger angenommen gehabt. Die Kosten dafür hätten 50 M. betragen, und da er diesen Betrag nicht besessen, hätte er, um sich das Geld dazu zu verschaffen, den Einbruch bei dem anderen Rechtsanwältin ausgeführt. Diese Begründung half dem Angeklagten, der sonst in vollem Umfange gefänglich war, recht wenig. Denn das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Mild und zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit wiederholten, meist geringen Regenschauern.

# Sammelt Obstkerne für die Ölgewinnung

Gewaschene, getrocknete und nach Arten getrennte Kerne des Steinobstes, ausgenommen Pflirsichkerne, sowie lufttrockene Kirschkerne nehmen die nachstehenden Stellen in Empfang und vergüten dafür:

10 Pf. für 1 kg Obstkerne, 15 Pf. für 1 kg Kirschkerne.

- Berlin: Berger u. Kulp, Schöneberger Ufer 82.
- Gleimstr. 62.
- Eren u. Bismole, Heidestraße (Rehter Bahnhof).
- Louis Schulze, Frankstr. 16.
- Görlicher Ufer (Görlitzer Bahnhof).
- Schule IX, N. 54, Kistenstr. 143 (Sch. Knaackstr.)
- X, N. 58, Schönhauser Allee 141.
- I, W. 57, Probenstr. 1.
- II, C. 19, Neue Grünstr. 27.
- III, S. 59, Planstr. 88.
- IV, N. 37, Reher Str. 88.
- VI, SW. 48, Wilhelmstr. 30.
- VII, O. 34, Fikster Str. 87.
- VIII, O. 25, Alexanderstr. 9.
- Lichtenberg: Schulden Kartstraße und Schamweberstraße.
- Steglitz: Fortbildungsschule Schloßstr. 43.

15 Pf. für 1 kg Obstkerne, 20 Pf. für 1 kg Kirschkerne.

- Kriedenau: Rathaus, Rheinstr. 1.
- Wilmersdorf: Gemeindefchule I, Gieselerstr. 7.

10 Pf. für 1 kg Obstkerne, 10 Pf. für 1 kg Kirschkerne.

- Neutölln: Feuerwache, Eckstraße.
- Schöneberg: Vaterländ. Frauenverein, Goldammer Str. 75.
- Innsbrucker Str. 14/15.
- Kolonnenstr. 22/23.
- Friedrichstr. 1.
- Granachstr. 62.

Tempelhof: Ingegn, Dorfstr. 17.

5 Pf. für 1 kg Obstkerne, 5 Pf. für 1 kg Kirschkerne.

- Lichterfelde: Berger u. Kulp, an beiden Bahnhöfen.
- Weihensee: Pfarrer Reichardt, Berliner Allee 86.
- Vogel, Gäßlerstr. 22.
- Frau Direktor Höggriß, Brauhausstr. 2-4.
- Sarggäßstr. Radob, Berliner Allee 218.

15 Pf. für 1 kg Obstkerne, 15 Pf. für 1 kg Kirschkerne.

- Schmargendorf: Frau Prof. Bohm, Sahniger Str. 3.

20 Pf. für 1 kg Obstkerne, 20 Pf. für 1 kg Kirschkerne.

- Grünwald: Frau Reg.-Rat Stadmann, Josef-Josaphim-Str. 22.

Gegen ein Andenken seitens der Sammelstelle.

- Charlottenburg: Hausverwalt. d. Cecilienhaus, Berliner Str. 137.

Nur freiwillige Sammlung ohne Vergütung.

- Brix: Sämtliche Schulen.
- Friedrichsfelde: Lebensmittellbureau Wilhelmstr. 9.
- Halensee: Berger u. Kulp, Götterbahnhof.
- Kantow: Warthaus.
- Oberhanselnde: Hübnerburgschule.
- Pantow: Frau Schmarze, Nieder-Schönholz, Berliner Str. 123.
- Tegel: Sämtliche Schulen.
- Treptow: Vaterländischer Frauenverein, Zweigverein.

Kriegsaussschuß für Oele und fette  
Berlin NW. 7.

# Chronik des Weltkrieges.

6. Oktober 1914.

**Westlicher Kriegsschauplatz:** Die fortgesetzten Umfassungsversuche der Franzosen gegen den rechten deutschen Heeresflügel haben die Kampffront bis nördlich Arras ausgedehnt. Auch westlich Lille und westlich Lens kam es zu Zusammenstößen. Bei dem deutschen Gegenangriff über die Linie Arras—Albert—Rocle ist noch keine Entscheidung gefallen.

**Ostlicher Kriegsschauplatz:** Der russische Vormarsch gegen Ostpreußen im Gouvernement Suwalki wurde zum Stehen gebracht.

In Rußlich-Polen vertrieben deutsche Truppen die russische Gardebataillon-Brigade aus einer befestigten Stellung zwischen Oppato und Ostrowicz und machten dabei 3000 Gefangene.

2 1/2 russische Kavallerie-Divisionen und Teile der Hauptreserve von Zwangorod wurden bei Radom angegriffen und auf Zwangorod zurückgeworfen.

Der Ostmarkenverein hat beschlossen, seine Tätigkeit einzustellen.

Sechs Parteiverfassungen in Berlin beschäftigten sich mit den sozialen Aufgaben während des Krieges.

6. Oktober 1915.

**Westlicher Kriegsschauplatz:** In der Champagne verlusteten die Franzosen die Offensive wieder aufzunehmen. Ihre Stürme brachen unter schweren Verlusten zusammen.

**Ostlicher Kriegsschauplatz:** Die Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg warf bei Growo russische Angriffe zurück.

In der Gegend von Czartorgsta haben sich zwischen der Heeresgruppe des Generals von Linzigen und den russischen Truppen neue Kämpfe entwickelt.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz wurde auf der Hochfläche von Vleggero ein italienischer Angriff restlos abgewiesen.

Venizelos hat dem König sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Die Vierverbandsdiplomaten sind aus Sofia abgereist.

## Die Parteikonferenz.

In der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“ veröffentlicht Genosse Karl Kautsky eine zusammenfassende Betrachtung über das Ergebnis der Reichskonferenz. Wir geben daraus folgendes wieder:

... Eine der seltensten, aber auch eine der wichtigsten Gaben im politischen und sozialen Kampfe ist die, den Gegner zu begreifen. Alles begreifen, heißt in der Politik nicht alles verzeihen — darum handelt es sich bei ihr nicht —, sondern die wirksamste und fruchtbarste Methode zur Bekämpfung des Gegners finden und die eigenen Bestrebungen auf die entscheidenden Punkte konzentrieren, aber auch unnütze Reibungsflächen zu vermeiden und dadurch Kraft zu sparen.

Zu einer derartigen Klärung war die Konferenz schon durch ihre Beschäftigung wenig geeignet. Sollte sie doch in drei Tagen alle die ungelängten größten und kleinsten Probleme und Differenzen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft erörtern, die sich in drei Jahren parteitaglosen Parteilebens in einer Kera grundstürzender Umwälzungen der ganzen Welt aufgetan hatten. Da fehlte es an der Zeit, die Fragen und Gesichtspunkte, die in Betracht kamen, auch nur alle zu erwähnen. Unter diesen Umständen kam unter anderem ein Gesichtspunkt zu kurz, der für das Verständnis eines Teiles der Opposition von äußerster Wichtigkeit ist: die Unterscheidung zwischen der Kreditbewilligung am 4. August und der sogenannten Politik des 4. August.

Die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August war nicht eindeutiger Natur, sie hatte einen zwischenschlächtigen Charakter. Man konnte sie in einem Sinne auffassen, in dem sie einen Bruch mit unserer Vergangenheit und unserer bisherigen Grundsätze bedeutete, und das war bei einem Teile der Mehrheit sicher damals schon der Fall. Man konnte sie aber auch auffassen in einem Sinne, der vereinbar war mit unseren Grundsätzen und der seine Präzedenzen fand in der Haltung eines Teiles unserer Parteigenossen im Jahre 1870, an der weder Marx noch Engels Anstoß nahmen. Am 4. August 1914 hat eine Reihe von Parteigenossen, deren internationale Bestimmung und Ablehnung jeglicher Opportunitätspolitik außer Zweifel steht, auf Grund der damaligen Informationen angenommen, die Situation sehe so, daß sie dieselbe Haltung notwendig mache, wie sie 1870 der deutsche Parteivorstand einnahm.

Gab man die Voraussetzungen zu, von denen sie ausgingen, denn ließ sich die Haltung dieser Genossen theoretisch sehr wohl rechtfertigen.

Auf diese Voraussetzungen kam alles an. So stand die Sache nicht, daß die Kreditbewilligung für uns eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, die von vornherein feststand. Dagegen sprach schon die Erinnerung an die Haltung, die Bebel und Liebknecht 1870 einnahmen und die uns so sehr in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß jeder von denen, die durch die Bebel-Liebknecht'sche Schule gegangen waren, die Bewilligung am 4. August zunächst als etwas feiner Natur Widersprechendes empfand. Und von der gesamten bürgerlichen Welt wurde sie von vornherein als ein Bruch mit unserer Vergangenheit betrachtet.

Sie konnte es nicht sein, sie mußte es nicht sein. Ob sie es wurde, hing davon ab, welche Konsequenzen die Mehrheit aus ihrem Votum zog, ob sie den Kredit als bloßen Notstandscredit aufsaufte, dessen Bewilligung an der politischen Haltung der Partei gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien nicht das geringste änderte, oder ob das Votum des 4. August eine Wendung herbeiführte.

Die Mehrheit hat nach dem 4. August die Parteipolitik, die sie repräsentierte, grundsätzlich verändert, sie hat an Stelle des Klassenkampfes den Burgfrieden, an Stelle der Internationalität des Proletariats die nationale Solidarität aller Klassen gesetzt, sie hat dieselbe Politik der Regierung gerechtfertigt, die sie bis zur Bewilligung der Kredite ablehnte. Sie fügte dazu eine Reihe von Rebenerscheinungen, die hier zu kennzeichnen nicht angeht. Diese Politik, die sie als eine neue unter dem Namen der „Politik des 4. August“ der bisherigen Politik der Partei gegenüberstellte, wurde von der Mehrheit selbst als die logische Konsequenz der Kreditbewilligung hingenommen, wie sie sie aufsaufte.

Für diese Politik findet man aber in der Parteigeschichte keine Präzedenzen; für ihre Begründung wird man vergeblich bei Marx und Engels, bei Bebel und Liebknecht nach Belegstellen suchen.

Durch die innige Verbindung der Politik des 4. August mit der Kreditbewilligung verlor diese nun den zwischenschlächtigen Charakter, den sie ursprünglich gehabt. Sie wurde jetzt ganz eindeutig zu dem Bruch mit unserer Vergangenheit, als der sie vielfach schon von Anfang an erschienen war. Sie noch weiterhin in einem Sinne aufzufassen, der mit der Vergangenheit der Partei vereinbar war, wurde von nun an ganz unmöglich. Diejenigen, die am 4. August noch geglaubt hatten, auch als internationale Klassenkämpfer für die Kredite stimmen zu dürfen, sahen sich jetzt vor die Notwendigkeit gestellt, zwischen der Bewilligung der Kriegskredite und der Internationalität zu wählen.

Wenn dabei ein Teil der früheren Kreditbewilliger zur Opposition überging, so entsprang das nicht einem Wechsel der Gesinnung, sondern in erster Linie diesem Wechsel des Charakters der Kreditbewilligung; Veränderungen in den tatsächlichen Verhältnissen des Krieges und der Kriegsziele und neue Informationen über sie wirkten mit. Der Wechsel des Standpunktes in der einen Frage entsprang bei den Zugewinnern zur Opposition gerade aus dem Bedürfnis, am allgemeinen Parteistandpunkt festzuhalten.

Das wird nur zu leicht verkannt, und daraus erwachsen zahlreiche Mißverständnisse über die Haltung jenes Teiles der Opposition, der nicht schon am 4. August die Kredite ablehnte. Diese Mißverständnisse bilden eine Lieblingswaffe der Mehrheit, von der sie auch auf der Konferenz fleißigen Gebrauch machte.

Einfacher als diese komplizierte Sache lagen einige persönliche Mißverständnisse, namentlich in bezug auf Anklagen, die gegen Haase erhoben wurden. Diese fanden restlose Aufklärung, und die Pege, die gegen Haase seit Jahr und Tag auf Grund falscher Einträge und Informationen geführt wurde, wird nun wohl jedes Objekt verloren haben.

Den wichtigsten Fortschritt brachte jedoch die Konferenz dadurch, daß sie trotz ihres Mangels an jeglichen Befugnissen doch einige Anhaltspunkte lieferte, das Kräfteverhältnis der verschiedenen Richtungen der Partei, wenn auch nicht genau zu messen, so doch symptomatisch anzudeuten.

Da ist vor allem bemerkenswert die große Zurückhaltung, die sich die äußerste Rechte auf der Konferenz auferlegte. Das stand in seltsamem Kontrast zu dem Värm, den sie vorher angetrieben. Das fühlte auch Kolb. Im „Karlsruher Volksfreund“ schreibt er über die Konferenz:

„Im Ernst kann doch kein vernünftiger Mensch damit rechnen, daß die Männer, die auf dem Boden der Politik des 4. August stehen, künftig in der Regel das Budget ablehnen, daß sie in den Fragen der Seeres-, Marine-, Kolonial-, Wirtschafts- usw. Politik dieselbe Haltung einnehmen, welche die Sozialdemokratie vor dem 4. August 1914 eingenommen hat. Diese politische Neuorientierung der Sozialdemokratie kann aber nicht bis nach dem Kriege verschoben werden, denn sie ist die unentbehrliche Voraussetzung für eine Neugestaltung der politischen Verhältnisse im Reich wie in den Einzelstaaten.“

Die Reichskonferenz ist an diesem Kernpunkt des ganzen Problems vorbeigegangen.

Aber Kolb und seine Freunde waren doch anwesend, warum machten sie keinen Versuch, die Aufmerksamkeit der Konferenz auf diesen Kernpunkt des Problems hinzulenken? Warum reichten sie keinen Antrag in ihrem Sinne ein? Diese Resignation ist kaum anders zu erklären, als daß die äußerste Rechte fühlte, die Temperatur der Konferenz sei ihr nicht günstig. Um so schlimmer für sie, denn die Situation in der Partei verspricht für sie keine bessere zu werden, sondern sich rapid zu verschlechtern. Die Bedingungen, die sie eine Zeitlang begünstigten, sind in raschem Schwund begriffen. Im Rahmen der Partei blieben ihr keine Erfolge mehr.

Noch überraschender aber als die Reserviertheit der äußersten Rechten wirkte die Kräftensaltung der Opposition, die bei einigen Abstimmungen mehrbar zutage trat.

Die Opposition wußte von vornherein, daß sie auf der Konferenz in der Minderheit bleiben würde, selbst wenn sie die Mehrheit der Genossen im Lande vertrat. Sie fühlte sich durch das Vertretungssystem zu sehr benachteiligt.

Auf der Gegenseite hatte man wieder vielfach erwartet, nicht bloß die Majorität, sondern eine überwältigende Majorität zu erlangen. Nur unter solcher Voraussetzung konnte man von einer Festigung der Politik des 4. August reden, die man von der Konferenz erhoffte. Diese konnte weder organisatorisch noch auch moralisch bindende Beschlüsse fassen, sondern durch ihre Abstimmungen nur moralische Wirkungen erzielen. Eine derartige Wirkung mußte aber bei einer geringfügigen Mehrheit ausbleiben. Und sie ist ausgeblieben.

Bei der ersten Abstimmung, in der Rechte und Linke sich maßen, erlangte jene 276 von 445 Stimmen. Bei der gleich darauf folgenden entscheidenden Abstimmung entfielen auf die Resolution David, die die Politik des 4. August verforderte, nur 251 Stimmen. Hätte man die Stimmen der Delegierten nicht bloß gezählt, sondern auch gewogen, d. h. das Gewicht jeder Delegiertenstimme nach der Zahl der organisierten Genossen eingezogen, die sie vertrat, dann könnte man zu dem Ergebnis kommen, die Mehrheit der Partei stehe schon heute hinter der „Minderheit“.

Es gehört eine robuste Phantasie dazu, bei diesem Stimmenverhältnis von „der hoffnungslosen Minderheit“ zu sprechen, wie unser Chemnitzer Parteiorgan.

Nicht als hoffnungslos, sondern als hoffnungsfreudige Minderheit hat die Opposition die Konferenz verlassen. Sie steht in den Abstimmungszahlen die Verheißung, die unbestrittene Mehrheit auf dem nächsten Parteitag zu werden, sobald die fehlenden Genossen wieder der Friedensarbeit gegeben sind und die Aufhebung des Kriegszustandes eine freiere Aussprache ermöglicht. Natürlich verneint sie nicht, daß die Mehrheit ihr als Geschenk des Himmels mühselos in den Schoß fallen werde.

Zunächst aber erwarten wir von dem Ergebnis der Konferenz eine Verbesserung der Bedingungen, unter denen die Erhaltung der Parteieinheit möglich ist.

Wäre die Opposition tatsächlich als hoffnungslose Minderheit erschienen, dann lag die Gefahr nahe, daß der Wille gestärkt würde, die Politik des 4. August als die Politik der Partei durch strengste Anwendung der Parteidisziplin der Opposition aufzuzwingen. Damit wäre die Gefahr einer Spaltung in drohende Nähe gerückt.

Die Abstimmung vom 23. September dürfte diesen Willen erheblich gedämpft haben. Damit sind die Aussichten wieder gestiegen, trotz der klaffenden sachlichen Gegensätze, die Parteioffiziation zu bewahren, bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein Parteitag zusammenzutreten vermag, der imstande ist, das Parteileben wieder in normale, geordnete Bahnen zu lenken und damit auch der Parteidisziplin wieder in ihrem alten Sinne zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Doch nicht nur für unser inneres Parteileben dürfen wir günstige Folgen von der Reichskonferenz erwarten. Der Fortschritt der Minderheit, den sie bekennt, muß auch im Ausland dort, wo eine internationalistische Minderheit gegen eine mehr nationalstaatlich gerichtete Mehrheit um den Friedenswillen kauft, diese Minderheit und diesen Friedenswillen gewaltig stärken und damit den Ausweg verbreitern, der aus der Sackgasse herausführt.

Noch ist es der Sonne des Friedens nicht gelungen, durch das Donnern des Krieges durchzubrechen. Aber in der bedrückenden Finsternis des Ungewitters begrüßt man dankbar auch den bescheidensten Lichtblitz, und als einen solchen dürfen wir das Ergebnis der Parteikonferenz betrachten.

## Das tägliche Brot.

### Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch.

Der „Reichsanzeiger“ bringt die Bestimmungen über die Bewirtschaftung und den Verkehr mit Milch, denen wir folgende Paragraphen entnehmen:

§ 2. Milch im Sinne dieser Bekanntmachung ist Rohmilch und -sahne in unbeeinträchtigtem und bearbeitetem Zustand (Vollmilch, Magermilch, Buttermilch, Sahne, Dauer-Sahne und Dauersahne jeder Art, Joghurt, Kefir und ähnliche Erzeugnisse).

Sahne ist jede mit Fett angereicherte Milch. Dauermilch ist insbesondere: kondensierte, sterilisierte, homogenisierte, trockene Milch; Dauersahne ist insbesondere: kondensierte, sterilisierte und trockene Sahne.

II. Verkehr mit Milch.

§ 3. Selbstversorger sind die Haushalter nebst ihren Haushalts- und Wirtschaftsangehörigen. Selbstversorger ist der Bedarf an Milch zu belassen. Hierdurch werden die für die Muttererzeugung und Mutterversorgung getroffenen besonderen Bestimmungen der Verordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 und der dazu von der Reichsstelle aufgestellten Grundsätze nicht berührt.

Der Bedarf der Selbstversorger an Vollmilch zum unmittelbaren menschlichen Verbrauch kann von Kommunalverbänden mit Zustimmung der übergeordneten Verteilungsstelle festgesetzt werden.

§ 4. Vollmilchverfürungsberechtigte sind: a) Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre, b) stillende Frauen, c) schwangere Frauen in den letzten drei Monaten vor der Entbindung, d) Kranke auf Grund amtlich vorgeschriebener Bescheinigung.

Die Reichsstelle trifft nähere Bestimmungen über die zu gewährenden Mengen; sie kann bei der Berechnung die Zahl der Kranken nach einem Prozentfuß der Bevölkerung festsetzen.

Die Bescheinigungen zu d) sind von dem Amtsarzt oder einer von dem Kommunalverbande zu bezeichnenden Stelle auszustellen oder nachzuprüfen.

Vollmilchverfürungsberechtigte haben Anspruch auf Zuteilung von Vollmilch insoweit, als sie vorhanden ist.

Soweit nach Bedeckung des Bedarfs der Vollmilchverfürungsberechtigten noch Vollmilch zur Verfügung steht, haben Kinder im 7. bis 14. Lebensjahre ein Vorkrecht auf Zuweisung von Vollmilch (Vollmilchverfürungsberechtigte).

§ 6. Die Kommunalverbände haben unterzüglich die Einrichtungen zu einer geregelten Verteilung der in ihrem Bezirke gewonnenen und in ihrem Bezirke gelieferten Milch zu treffen.

Die Kommunalverbände können den Gemeinden die Regelung der Milchverteilung für den Bezirk der Gemeinde übertragen. Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als zehntausend Einwohner hatten, können die Übertragung verlangen.

Die Verabfolgung von Vollmilch an die Verbraucher darf nur gegen Bezugskarte oder anderen befriedigenden Ausweis erfolgen.

a) in Gemeinden von mehr als zehntausend Einwohnern, b) in anderen Gemeinden, sofern sie Milchzuweisung beantragen.

Die Landeszentralbehörden können Gemeinden von mehr als zehntausend bis höchstens dreißigtausend Einwohnern, sofern sie nicht Milchzuweisung beantragen, von dieser Vorschrift befreien.

Die Kommunalverbände können für ihren Bezirk oder für bestimmte Gemeinden ihres Bezirks anordnen, daß die Abgabe von Magermilch an die Verbraucher nur gegen Magermilch-Bezugskarte oder gegen anderen befriedigenden Ausweis erfolgen darf.

§ 8. Die Kommunalverbände und Gemeinden sind berechtigt, Höchstpreise für Vollmilch und für Magermilch beim Verkaufe durch den Erzeuger sowie im Groß- und Kleinhandel festzusetzen. Gemeinden von mehr als zehntausend Einwohnern sind zur Festsetzung von Höchstpreisen für Vollmilch und für Magermilch im Kleinhandel verpflichtet.

Die Höchstpreisfestsetzung bedarf der Zustimmung der zuständigen Verteilungsstelle.

Die Reichsstelle kann Anordnungen über die oberen Grenzen für die Höchstpreisfestsetzungen treffen.

Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914.

§ 10. Es ist verboten:

1. Vollmilch und Sahne in gewerblichen Betrieben zu verwenden;

2. Milch jeder Art bei der Brotbereitung und zur gewerbmäßigen Herstellung von Schokoladen und Süßigkeiten zu verwenden;

3. Sahne in Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Erfrischungsräumen zu verabfolgen;

4. Sahne in den Verkehr zu bringen, außer zur Herstellung von Butter in gewerblichen Betrieben und außer zur Abgabe an Kranke und Krankenanstalten auf Grund amtlicher Bescheinigung (§ 4);

5. geschlagene Sahne (Schlagsahne) oder Sahnenpulver herzustellen;

6. Milch bei Zubereitung von Farben zu verwenden;

7. Milch zur Herstellung von Käse für technische Zwecke zu verwenden;

8. Vollmilch an Kälber und Schweine, die älter als sechs Wochen sind, zu verfüttern.

Die Reichsstelle kann Ausnahmen von den Verböten in den Nummern 1 bis 7 zulassen.

Die Kommunalverbände können mit Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörden Ausnahmen von dem Verbote der Nr. 8 zur Förderung der Zucht von Zuchtbullen (Farren) zulassen.

### Verbot des Abgases von Dörrroß.

Mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichslänglers wird von der Kriegsgesellschaft für Dörrkonferenzen und Wärmeladen m. b. H. in Berlin, Kochstr. 6, bestimmt, daß Dörrroß bis auf weiteres von den Dörr-Anstalten nicht abgegasst werden darf.

Betriebe, die sich mit der Herstellung von Dörrroß befassen, haben der Kriegsgesellschaft binnen acht Tagen ihre Vorräte und ferner allwöchentlich die von ihnen neu hergestellten Mengen an Dörrgemüse anzuzeigen.

### In Aussicht genommene Verordnung über Höchstpreise für verordnete Fette.

Die bisher gültigen Höchstpreisbestimmungen für Speisefett erstrecken sich nur auf solche Waren, welche für den menschlichen Genuß geeignet sind, nicht aber auf verdorbene Ware.

Es ist seit einiger Zeit in der Presse wiederholt darauf hingewiesen worden, daß schlecht gewordene Butter oder verdorbene Margarine oder Knochenpeisefette zu Preisen, die weit über den Höchstpreisen für gute Waren liegen, verkauft worden sind. Ob die dabei mehrfach erhobene Behauptung, daß die genannten Speisefette absichtlich nicht genügend gepflegt worden seien, so daß sie verderben könnten oder daß man sie für verdorben erklärt, um sie den Höchstpreisbestimmungen zu entziehen, zutrifft, wird seitens des Reichsernährungsamts regelmäßig genau nachgeprüft. Dem Mißlande, daß für verdorbene Waren sehr viel höhere Preise als für gute zu erzielen sind, wodurch ein Anreiz für mangelhafte Behandlung der Ware gegeben ist, muß ein Ende gemacht werden. Deshalb wird beabsichtigt, in nächster Zeit eine Verordnung zu erlassen, in welcher für die verdorbenen Speisefette Höchstpreise festgelegt werden, die so bemessen sind, daß die Mißstände unter allen Umständen ausgeschaltet werden.

### Marcelade auf Karten.

Aus München wird der „Voss. Ztg.“ berichtet, daß an den zuständigen Stellen Vorbereitungen getroffen werden, alle Aufstrichsmittel, wie Marcelade, Honig u. dergl. in den einzelnen Bundesstaaten nach einem Schlüssel aufzuteilen und durch Karten zu rationieren. Die vorbereitenden Maßregeln werden demnächst der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

# Stadtverordnetenversammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Oktober 1918.

Stadtvorsteher **Wideler** eröffnet die Sitzung.

Zunächst wird die Wahl einiger Ausschüsse vollzogen. In dem Ausschuss für die Vorlage wegen Erhöhung der Krankenhäuserkosten ist die Soz. Fraktion durch **Hinze, Koblenzer, Schneider, Dr. Wehl** vertreten; in die gemischte Deputation für die Vorlage betr. das städtische Anschaffungsamt entsendet die Fraktion **Fröhlich, Hinze, Ritter**.

Sodann ist die

## Wahl von acht unbefolten Stadträten

vorzunehmen für die mit Ablauf des Jahres 1918 freiwerdenden Stellen der bisherigen Stadträte **Mielenz, Panofsky, Dr. Preuß, Raft, Runge, Selberg, Wagner** und **Dr. Wiemer**.

Stadtrat **Mielenz** wird mit sämtlichen 83 gültigen Stimmen wiedergewählt, 14 Zettel sind unbeschrieben.

Die Wiederwahl des Stadtrats **Panofsky** erfolgt mit 97 Stimmen (4 weiß), diejenige des Stadtrats **Dr. Preuß** mit 93 von 94 gültigen Stimmen (daneben 4 weiße Zettel).

Bei der Wahl an Stelle des bisherigen Stadtrats **Raft** werden 40 weiße Zettel abgegeben; Herr **Raft** wird mit 66 Stimmen wiedergewählt; eine Stimme fällt auf **Dr. Wehl**.

Die weiteren Wahlgänge ergeben auch die Wiederwahl der Stadträte **Runge** (103 Stimmen, 5 weiß), **Selberg** (95 Stimmen, 2 weiß), **Wagner** (88 von 91 Stimmen, 10 weiß) und **Dr. Wiemer** (90 von 92 Stimmen, 10 weiß). Die sämtlichen acht Herren werden also auf weitere 6 Jahre dem Magistrat angehören.

Der Antrag der Soz. Fraktion betr. die Frauenzwahl in die Deputationen wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Die Stadtv. **Dr. Knauer, Max Schulz, Wiffing, Dr. u. Gen. (Dr. Fr. und Linke)** beantragen, den Magistrat zu ersuchen, umgehend energische Abwehrmaßnahmen gegen die üblen Gerüche im **Böhmenviertel** zu ergreifen.

Stadtv. **Dr. Knauer (Linke)** verweist auf die in der **Greifswalder Str.** 3a im Betriebe befindliche Schinkenfabrik und **Wurstfabrik**, die Leberwurst aus dänischen Materialien fabrizieren und so penetrante Gerüche verbreiten, daß die Anwohner unter diesem „Gasangriff“ unglücklich zu leiden hätten. Der Besitzer **Oskar Dörfler** habe selbst vor diesen Gerüchen die Flüchte ergriffen. Das Polizeipräsidium habe keine Abhilfe geschaffen; es erkläre sich wegen Arbeitsüberhäufung außerstande, der Sache näherzutreten. Tag und Nacht wolle die Fabrik einen Höllenlärm. Der Magistrat solle darauf energisch hinwirken, daß dieser Betrieb aus der Gegend verschwinde.

Stadtv. **Dofflein**: Die Beschwerde der Einwohner ist gestern an den Magistrat gelangt. Dieser hat sofort eine Besichtigung veranstaltet und die Sache an das städtische Medizinalamt weitergegeben. Es wird alles geschehen, was geschehen kann, um die Uebelstände zu beseitigen oder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Stadtv. **Meyer (Soz.)**: Hiernach werden wir ja zunächst abzuwarten haben. Aber unserer Verwunderung müssen wir doch Ausdruck geben, daß ein Betrieb, der so ekelhafte Dünste von sich gibt, so lange dort aufrechterhalten werden konnte. Warum ist er nicht nach dem Viehhof verlegt worden, wo sich dafür geeignete Räume befinden? In ein Wohnviertel gehört er absolut nicht hinein. Und wie kann man einen Privatmann wie Herrn **Dörfler** mit einer solchen Fabrikation betrauen. Warum überträgt die Zentral-einkaufsgesellschaft sie nicht der Stadt Berlin, während der Mann daran Millionen verdient hat?

Stadtv. **Dahn (Linke)**: Warum haben denn die vielen davon betroffenen Mieter und Hauswirte nicht längst zur Selbsthilfe gegriffen? Wir haben doch ein Bürgerliches Gesetzbuch, das solche Gerüche und Geräusche für unzulässig erklärt. Dazu bedarf es keines langen Prozesses; es wird binnen wenigen Tagen gelingen, den Richter davon zu überzeugen und eine einstweilige Verbotsverfügung zu erwirken.

Der Antrag **Knauer u. Gen.** gelangt darauf einstimmig zur Annahme.

Die Verhandlung des Antrags **Cassell** betr. den Rotstand der städtischen Hausbesitzer wird ebenfalls von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Schluß 1/8 Uhr.

# Aus der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Mittwoch mit zwei wichtigen Fragen, der städtischen Lebensmittelversorgung und der Erhöhung der Unterstufungen für die Angehörigen von Kriegsteilnehmern. In beiden Punkten war die Anregung von der sozialdemokratischen Fraktion ausgegangen.

Inbezug auf die Lebensmittelversorgung hatten unsere Genossen beantragt, den Magistrat zu ersuchen, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Versorgung Charlottenburgs mit Nahrungsmitteln während der Wintermonate sicher zu stellen und beim Kriegsernährungsamt zu beantragen, daß die viel zu hohen Höchstpreise für Kartoffeln, Brotgetreide, Fleisch und Fett herabgesetzt werden.

Die liberale Fraktion hatte hierzu einen Änderungsantrag eingebracht, wonach der zweite Teil des sozialdemokratischen Antrags folgendermaßen gefaßt werden sollte:

„Beim Kriegsernährungsamt zu beantragen,

a) daß die Höchstpreise für Lebensmittel allmählich abgebaut, aber gleichzeitig zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsgebieten derartig abgestuft werden, daß die Zufuhr nach den Verbrauchsgebieten erleichtert und damit eine bessere Verteilung gewährleistet wird;

b) daß bei der Ueberweisung an die Verbrauchsgebiete mehr Sorgfalt auf die Sicherung gelumber Ware verwandt werde, um den berechtigten Klagen, namentlich über die Beschaffenheit der Backware, abzuhelfen.

Außerdem lag noch ein nationalliberaler Zusatzantrag vor:

Der Magistrat wird ersucht, beim Deutschen Städtetag eine gemeinsame Beschaffung von Lebensmitteln für die größeren und mittleren Städte anzuregen.

Genosse **Kayen** sei in seiner Begründung des sozialdemokratischen Antrags auf die maßlose Steigerung der Preise für alle Lebensmittel hin und erörterte eingehend das ganze System unserer heutigen Ernährungspolitik, wobei er es an der erforderlichen Kritik an den von der Regierung getroffenen Maßnahmen nicht fehlen ließ. Insbesondere forderte er staatliche Zwangsmaßnahmen zur Unterdrückung der Preissteigerungen und zur Herbeiführung weiterer Nahrungsmittel. Den liberalen Antrag bekämpfte er, weil derselbe eine Abschwächung des sozialdemokratischen Antrags bedeute. Im Gegenlag zu unserem Genossen **Kayen**, der nachdrücklich die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Höchstpreise betont hatte, glaubte Stadt. **Zielenziger (lib.)**, daß man sich mit einem allmählichen Abbau begnügen könne, um so mehr, als für einige Nahrungsmittel die Preise in letzter Zeit schon etwas ermäßigt seien.

Oberbürgermeister **Scholz**, der um Annahme des liberalen Antrags bat, schilderte die Rolle, die die Städte bei der heutigen Lebensmittelversorgung spielen; ihre Tätigkeit sei eine beschränkte. Es seien eigentlich nur die Preisträger übergeordneter Behörden. Es sei richtig, daß die der Stadt gelieferten Waren in der letzten Zeit an Güte zu wünschen übrig ließen. Der Magistrat werde nach wie vor alles tun, um der Bevölkerung in dieser wirklich nicht leichten Zeit zu helfen, er erbitte aber auch von der Bevölkerung die Mithilfe, die durch den Krieg geboten sei.

Nach weiterer Debatte, in deren Verlauf u. a. Genosse **Geber** eine Reihe von Vorschlägen, namentlich bei der Rassenpeilung, zur Sprache brachte, wurde der liberale Antrag unter Ablehnung des sozialdemokratischen angenommen. Der nationalliberale Zusatzantrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Beratung des sozialdemokratischen Antrags betreffend Unterstützung von Kriegerfamilien. Derselbe lautet:

Der Magistrat wird ersucht, unverzüglich bei den gesetzgebenden Körperschaften dahin vorstellig zu werden,

1. daß die auf Grund des Gesetzes betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888/4. August 1914 zu gewährenden Mindestsätze zeitgemäß erhöht werden,

2. daß die Unterstützung auch noch für den der Entlassung aus dem Heeresdienst folgenden Monat weiter bezahlet wird.

In seiner Begründung konnte sich Genosse **Hirsch** mit Rücksicht darauf, daß der Antrag von allen Fraktionen unterstützt war, auf die Hervorhebung einiger grundsätzlicher Fragen beschränken. Er verlangte, daß in erster Linie das Reich, das den Krieg führt, auch die Kosten trägt; andererseits aber dürften auch die Gemeinden es nicht bei bloßen Redensarten bewenden lassen, sondern ihrerseits gleichfalls für eine ausreichende Unterstützung sorgen. Wie er mitteilte, haben sich die Vorsitzenden der Charlottenburger Unterstützungskommissionen vor einigen Tagen auf folgende Grundzüge geeinigt:

In denjenigen Fällen, in denen die Kriegerfamilien lediglich auf die Reichs- und städtische Unterstützung angewiesen sind, sind die heute geltenden Normalätze nicht ausreichend.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß es richtiger ist, zu individualisieren als zu schematisieren.

Es wird den Kommissionen deshalb empfohlen, in jedem einzelnen Falle unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Familien die Unterstützung den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend zu bemessen. Die Gewährung besonderer Unterstützungen in Fällen, in denen die Unterstützten auf die Reichs- und städtische Unterstützung angewiesen sind, ist nicht von der Stellung eines diesbezüglichen Antrages abhängig zu machen.

Preiszuschüsse sind nach den bisherigen Grundätzen zu gewähren.

Diesen Grundätzen, die am 1. November in Kraft treten sollen, hat auch der Magistrat zugestimmt.

Das Resultat war die einstimmige Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

# Aus Groß-Berlin.

## Wie man von beinahe nichts — leben kann.

Ueber „Die Einwirkung der Kriegsernährung auf die Gesundheit“ sprach **Scheimart Prof. Dr. Voas** in einer Versammlung, die von einer Gruppe bürgerlicher Frauenvereine einberufen war. Der Zweck seines Vortrags war, die Sorge zu zerstreuen, daß in nächster Zeit oder schon jetzt die Volksgesundheit in Deutschland durch Unterernährung beeinträchtigt werden könnte.

Voas leugnet nicht, daß die gegenwärtige Lage für die Nahrungsmittelbeschaffung schwierig ist, aber wirkliche Unterernährung nimmt er nicht an und befürchtet es auch nicht. Die Ernährungsweise der hinter uns liegenden Friedenszeit möchte er als Ueberernährung bezeichnen, die keineswegs gesundheitsfördernd gewesen sei. Gewiß habe die Ernährungsweise der Kriegszeit manchem eine Gewichtsverminderung gebracht, doch aus ihr sei noch nicht auf Unterernährung zu schließen, so lange nicht auch eine Einbuße an Kraft und Leistungsfähigkeit dazukomme. Die im Laufe des Krieges entstandene Furcht vor Unterernährung erkläre sich aus der bisherigen „abgöttischen Verehrung“ für gewisse Nahrungsmittel, besonders für die stark eiweißhaltigen, die jetzt schwer zu beschaffen sind. Durch neuere Forschungen sei aber die Wertsetzung des Eiweiß als eines Hauptträgers der Kraft erschüttert und der Beweis erbracht worden, daß man sehr wohl mit viel weniger Eiweiß als mit den angeblich pro Tag notwendigen 118 Gramm, schon mit 50 Gramm, auskommen könne.

Der Vortragende ging dann besonders auf die von dem dänischen Arzt **Hindhe** aufgestellte Ernährungsgrundlage ein, die **Hindhe** an sich und seiner Familie viele Jahre hindurch erprobt und später auch durch wissenschaftlich genaue Versuche gestützt hat. Kartoffeln und Brot mit Butter (oder Margarine) und Obst sind die Nahrungsmittel, die nach **Hindhe** zum Leben genügen. Von dieser vermeintlichen „Hungerkost“ sei, führte **Voas** aus, nicht nur keine Beeinträchtigung, sondern sogar eine wesentliche Steigerung der Kraft zu erwarten. Durch mäßige Eiweißzufuhr von 50—75 Gramm pro Tag werde die Leistungsfähigkeit erhöht, durch reichlichere erleiße sie einen Rückgang. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht seien diese Ernährungsgrundlagen von größter Bedeutung. **Voas** gab an, daß die 2800 Kalorien, die man pro Tag braucht und durch Nahrung sich zuführen muß, in 2917 Gramm Kartoffeln ebenso zu beschaffen seien, wie 3. B. in 2857 Gramm **Dahlfleisch** oder in 35 Eiern. Der Unterschied sei nur der, daß nach jetzigen Preisen die Eier in dieser Anzahl 11,20 M., das **Dahlfleisch** in dieser Menge gar 16 M. koste, während man die angegebene Menge Kartoffeln trotz Kartoffelsteuerung für etwa 35 Pf. haben könne. Ebenso könne man die nötige Kalorienmenge sich in 823 Gramm Bohnen zuführen, für die man heute allerdings 1,48 M., aber immer noch sehr viel weniger als für Fleisch oder Eier aufzuwenden habe. In der Friedenszeit habe **Hindhe** für **Dänemark** gezeigt, daß er selber seinen Nahrungsbedarf mit nicht mehr als 28 Pfennig pro Tag zu bestreiten vermochte.

Die Kalorienberechnung ist nun, wie **Voas** betonte, nicht so zu verstehen, daß etwa jedes Nahrungsmittel das andere vollkommen zu ersetzen geeignet wäre. Kein Mensch kann nur von Brot oder nur von Kartoffeln leben, da ja diese Nahrungsmittel fast nur Eiweiß und Kohlehydrate liefern. Unentbehrlich ist auch Zufuhr von Fett, und davon hat **Hindhe** sogar 120 Gramm pro Tag gebraucht. Schon hieraus ergibt sich, daß seine Grundätze — das hob auch **Voas** hervor — nicht ohne weiteres auf unsere jetzige Ernährungslage zu übertragen sind. Wir wissen ja, daß wir jetzt selbst für die ganze Woche uns noch lange keine 120 Gramm Fett leisten können. **Voas** befürchtet von dem bisherigen Fettmangel noch keine Schädigung der Gesundheit. Bedenklicher findet er bei eiweißarmer Nahrung die großen Mengen, die dem Körper zugeführt werden müssen, wenn zum Beispiel nur aus Kartoffeln der Eiweißbedarf gedeckt werden sollte. Diesem Uebelstand könne man aber begegnen durch ein **Mehrkartoffelfabrikat**, wovon etwa ein Pfund einer Menge von vier Pfund frischer Kartoffeln entspreche. Durch neueste Versuche in einem Lazarett zu Köln sei erwiesen, daß dabei das Gewicht zunimmt und die Kräfte sich steigern. Um wieviel die Kosten der Kartoffelernährung bei Gebrauch dieses Fabrikates steigen, sagte **Voas** nicht.

Der Vortrag schloß mit einem Hinweis auf die dem

Menschen eigene Fähigkeit, sich anzupassen an mancherlei Änderungen, auch an Änderungen der Ernährungsweise und an Verminderung der Nahrungsmenge. Man habe keinen Grund zur Sorge um die Volksgesundheit, dagegen dürfe man sich aus den für die Ernährungsfrage gewonnenen Lehren des Krieges großen Nutzen für die Zukunft versprechen. Unsere Ernährungsweise sei künftig einzurichten nach dem Grundsatz: „Mäßigkeit macht stark.“

**Voas** hätte hiernach mit **Hindhe** gezeigt, wie man von beinahe nichts leben kann. Beinahe nichts sind freilich nur die Kosten, die **Hindhe** aufwendete. Dagegen dürften Menge und Gewicht der Nahrung, die bei seiner Lebensweise erforderlich war, mehr als reichlich gewesen sein. Als unumächtig könnten sie manchem erscheinen, und nur für die Eiweißzufuhr wird man zugeben müssen, daß bei ihr die Nahrung zur „Mäßigkeit“ befolgt ist. Leider sagte der Vortragende nichts über Erfahrungen, die er an sich selber mit der von ihm empfohlenen Lebensweise gemacht hat. Daß auch er selber sich so nährt, dürfen wir doch wohl annehmen. Wir glauben, daß selbst in der Kriegszeit mit ihrer Lebensmittelpenurie und Lebensmittelerhöhung dieser Mäßigkeitprediger nicht viele dafür begeistern wird, nach seiner Lehre zu leben.

Die Milchversorgungsstelle **Groß-Berlin** hatte schon früher beschlossen, den Abweilwirtschaften ihres Bezirks einen Zuschuß von 50 Pf. für die Kuh und den Tag zu gewähren, sofern die Kuh 8 Liter im Tag ergibt. Wegen der Schwierigkeiten, die sich der Durchführung dieses Beschlusses in der Praxis entgegenstellen, ist der Beschuß nunmehr dahin abgeändert, daß der Zuschuß für alle Kühe eines Betriebes gewährt wird, wenn in diesem Betriebe insgesamt soviel Milch ermolken wird, daß im Durchschnitt 7 Liter auf die einzelne Kuh entfallen. Ein Kuhstall von zehn Kühen muß also 70 Liter Milch erbringen, ehe er einen Zuschuß erhält. Wird aber diese Gesamtmenge erreicht, so wird der Zuschuß für jede Kuh bezahlet.

## Das Butterquantum in nächster Woche.

An Speisefett werden in der Woche vom 9. bis 15. Oktober 60 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine verausgabt werden. Der Kleinhandelspreis für 60 Gramm Butter erster Qualität beträgt 32 Pf. und für je 30 Gramm Margarine 12 Pf.

## Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Freitag, den 6. Oktober 1918.

**Schellfische**, klein (bis 1/2 Pfund) 1,18 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,25 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 1,50 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 1,75 M.; **Kabeljou**, klein (bis 1/2 Pfund) 1,00 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,20 M., große (von 1 Pfund und mehr) 1,50 M., ohne Kopf (im Durchschnitt) 2,00 M.; **Schollen**, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,06 M. (Zufuhr genügend).

## Sammelt Obstkerne.

Der Kriegsausgleich für **Obst** und **Fette**, Berlin NW. 7, hat das Sammeln der Kerne organisiert und überall Sammelstellen errichtet. Die Sammelstellen für Berlin und Umgebung sind in dem Inferrat, welches sich in der heutigen Nummer befindet, angeführt.

**Arbeiter-Bildungsschule**. Sonntag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, findet der zweite Vortrag der Vortragsreihe „Die Blütezeit der deutschen Kunst“ statt. Das Thema lautet: „Die kirchliche Kunst, ihre Aufgaben und ihre Wandlung“. — Der Vortragende, Herr **Dr. Bernoulli**, Assistent an den Königlichen Museen, wird seine Ausführungen durch eigene Lichtbilder erläutern.

Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, **Vindensstraße 3, 4. Hof rechts 3 Treppen**, statt. — Eintrittspreis 10 Pfennig.

Eine Liebesstragödie wird aus der **Königsgräber Straße** gemeldet. Dort stieg in der Nacht zum Dienstag ein angebliches Ehepaar ab, das in Wirklichkeit ein Liebespaar war, ein 26 Jahre alter Mann namens **Friedrich Hude** und eine 24 Jahre alte **Verta Frenkel**. Gestern morgen hörten Angestellte des Hotels mehrere Schüsse fallen. Der junge Mann hatte seine Geliebte mit einem Revolver zu erschließen versucht und sie in einen Arm und die Brust getroffen. Dann hatte er die Waffe gegen sich selbst gerichtet, sich aber nur unbedeutend am linken Daumen verletzt. **Hude** wurde verhaftet, seine Geliebte nach dem Krankenhaus am **Urban** gebracht. Auch für sie besteht keine Lebensgefahr. Was die Veranlassung zu der Tat gab, ist noch nicht recht klar.

Ein schwerer Straßenunfall hat sich am gestrigen Donnerstag in der **Eißner Straße** zugetragen. Vor dem Hause Nr. 40 wollte eine Frau **Wenger** gegen 1/2 Uhr mittags vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 4 das Gleis überqueren. Die Frau wurde von dem Triebwagen erfasst und umgeworfen und erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster eine schwere Kopfverletzung. Die Verunglückte erliegt auf der nächsten Unfallstation einem Notverband und mußte nach der **Charité** gebracht werden.

Im **Fabrikbetriebe** **Schwer** verunglückt ist gestern ein 14 Jahre alter Lehrling **Johannes Strahobal** aus der **Wesselfstr. 25**, der in einer Maschinenfabrik in **Alt-Neubitz** beschäftigt war. Er geriet so unglücklich in die Treibriemen, daß ihm der rechte Arm oben an der Schulter abgerissen wurde. Der Verunglückte wurde nach der **Charité** gebracht.

Zu einem Zusammenstoß einer **Trauerkutsche** mit einem **Straßenbahnwagen** kam es am **Mittwoch** nachmittag kurz nach sechs Uhr in der **Unaludenstraße**. In der Ecke der **Vergilstraße** bog eine unbesetzte **Trauerkutsche** kurz vor einem in der Richtung nach **Weißensee** verkehrenden **Straßenbahnwagen** der Linie 10 auf das Gleis und wurde angefahren. Infolge des Anpralles stürzte der **Rutscher Scholozal** auf das Straßenpflaster und erlitt einen Bruch mehrerer Rippen. Der Verunglückte wurde nach dem **Lazarus-Krankenhaus** gebracht. Bei dem Zusammenstoß wurde die **Deckselklinge** und zwei **Räder** der **Kutsche** zerbrochen, die **Plattform** des **Straßenbahnwagens** leicht beschädigt. Eine **Störung** entstand nicht.

**Sich selbst gerichtet**. Der städtische **Oberaufseher** vom **Potsdamer Straßenreinigungswesen** **Rudolf Pachheiser**, der vor einigen Wochen wegen eines schweren **Eittlichkeitsverbrechens** an einem achtjährigen Mädchen festgenommen und dann wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, hat sich heute nacht in seiner Laube auf dem **Feuerwehrgelände** erschossen. Die **Staatsanwaltschaft** hatte gegen ihn wegen **Eittlichkeitsverbrechens** Anklage erhoben und als ihm die **Anklageakten** zugestellt worden war, erschloß er sich, dem irdischen Richter zu entgehen. Er schrieb selbst an das **Gericht** einen Brief, in dem er mitteilte, daß er seine **Schuld** sühnen wolle, und als man heute nach Empfang dieses Briefes seinen Angaben nachging, wurde die **Leiche** des **Pachheiser** aufgefunden. Er war 50 Jahre alt und gehörte seit 1901 zum städtischen **Fuhrpark**. Als **Beamter** hatte er sich stets durch **Zuverlässigkeit** im Dienste ausgezeichnet.

**Einbruch in einem Potsdamer Lazarett**. Wie erst jetzt bekannt wird, ist in der Nacht zum **Sonntag** an einem **Potsdamer Lazarett** ein Einbruch verübt worden, bei dem es auf die **Wandlung** des **Geschäftszimmers** abgesehen war. Wie Spuren erkennen ließen, überstieg der **Einbrecher** den **Wand** und gelangte durch das **Fenster** in das **Geschäftszimmer**. Er stahl eine **Geldkassette** mit etwa 2000 M. Inhalt, ferner ein **Potsdamer Sparkassenbuch** Nr. 4020, der **Kantinenverwaltung**





**Königsstraße 33**  
 Am Bahnhof Alexanderplatz  
**Chausseest. 113**  
 Beim Stettiner Bahnhof.

**Gefällt Ihnen diese Form?**  
 Sie ist das Letzte, was unsere  
 Modeschöpfer Ihnen bieten.  
 Ein langgehaltener Mantel, dessen  
 Schnitt gute Figur gibt.  
 Aus schönem, molliem Stoff in  
 verschiedenen Farben

**45.50**

**Eleg. Wintermantel**  
 aus gutem Mohair-Mischgarn  
 Schöne, weit glöckig fallende  
 Form, durch einen Doppel-  
 gurt gehalten. Offen u. ge-  
 schlossen zu tragen mit hoch-  
 stilbarem Samstrogen

**69.50**

**Sonntags  
 geschlossen.**

**WO KA MA GU**

**Noch etwas Geduld!**

Direktion: Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
 7 1/2 Uhr: **Rose Bernd.**  
 Sonnabend: **Rose Bernd.**  
**Kammerspiele.**  
 8 Uhr: **Gyges u. sein Ring.**  
 Sonnab.: **Jonathans Töchter**  
 Sonnt. 3 U. (Kl.Pr.): **Wetterleuchten**  
**Volksbühne. Theater a. Bülowl.**  
 8 1/2 Uhr: **Das Wintermärchen.**  
 Sonnabend, zum 1. Male, 8 Uhr:  
**Nachtsyl.**

Dir. Meinhard-Bernauer.  
**Theater l. d. Königgrätzstr.**  
 8 Uhr: **Ein Trauerspiel.**  
**Komödienhaus**  
 8 Uhr: **Der 7. Tag.**  
**Berliner Theater**  
 8 Uhr: **Auf Flügeln des Gesanges.**

**Lessing-Theater.**  
 Direktion: Victor Barnowsky.  
 7 1/2 Uhr: **Peer Gynt. Mus. v. Grieg.**  
 Sonnabend, Sonntag:  
**Die beiden Klingsberg.**  
**Deutsch. Künstler-Theater.**  
 8 Uhr: **Die selige Exzellenz.**  
 Sonnabend: **Die selige Exzellenz.**

**URANIA Taubenstr. 48/49.**  
 4 Uhr (halbe Preise):  
**Aegypten, der Suezkanal  
 und der Weltkrieg.**  
 8 Uhr:  
**Die Bagdadbahn.**

**Rose-Theater.**  
 Heute  
**geschlossen.**

**Walhalla-Theater.**  
 Heute  
**geschlossen.**

Gebäude  
**Herrnfeld-Theater.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Villa Pschesina**  
 der größte Lacherfolg!  
 Sonntag, den 8. Oktober,  
 nachm. 3 Uhr  
 Volkstümliche Vorstellung:  
**Die Ehre.**

**Circus Busch**  
 7 1/2 Uhr täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Geierprinzessin**  
 Große Märchen-Brandsphantomie  
 in 5 Akten verfaßt und inszeniert  
 von Paula Busch.  
**Besonders hervorzuheben:**  
**Der Sturzflug des Lämmereislers**  
 aus der Höhe der Bierstuhpelt  
 und Kuffing mit der geraubten  
 Prinzessin Hildegard z. Geierhorst.  
 Vorher das große Programm!  
 Des kolossal. Erfolges wegen  
 Nechmals Sonnabend 3 1/2 Uhr:  
**Große Ferien-Sonder-Vorstellung**

**Casino-Theater.**  
 Lothringer Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr  
 Einzug in feiner Zeit in Groß-Berlin.  
 Berliner Humor in erster Zeit.  
**Meine gute Dile.**  
 Original-Gesellschaft in 3 Aufzügen.  
 Vorher erstklassiger bunter Teil.  
 Sonntag 4 Uhr: **Die Milchschulzen.**

**Volgt-Theater.**  
 Badstr. 55. Täglich: Badstr. 55.  
**Der Prozeßhansel.**  
 Volkschauspiel in 4 Aufzügen.  
 Sonnt. 3 Uhr: **Das Bild des Signorelli.**  
 Kaffeeöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

**Theater am Freitag, den 6. Oktober.**  
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.  
 8 Uhr: **Boccaccio.**  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater  
 8 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**  
 Gebr. Herrnfeld-Theater.  
 8 1/2 Uhr: **Villa Pschesina.**  
**Kleines Theater**  
 8 Uhr: **Lottchens Geburtstag.**  
 Gents und Fanny Eisler.  
 Paul und Paula.  
**Komische Oper**  
 8 1/2 Uhr: **Die schöne Kubanerln.**  
 Sonnt. 4 Uhr: **Das Glück im Winkel.**  
**Lustspielhaus**  
 8 1/2 U.: **Der selige Balduin**  
 Sonnab. 3 Uhr: **Kabale und Liebe.**  
**Neues Operettenhaus**  
 8 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

**Metropol-Theater**  
 8 Uhr: **Die Csardasfürstin.**  
 Sonnt. nachm. 3 U.: **Die Kaiserin.**  
**Residenz-Theater**  
 8 Uhr: **Der Mandarin.**  
**Schiller-Theater 0**  
 8 Uhr: **Die Frau vom Meere.**  
**Schiller-Th. Charlottenb.**  
 8 Uhr: **Glaube und Heimat.**  
**Thalia-Theater**  
 8 1/2 U.: **Blondinechen.**  
**Theater am Nollendorfspl.**  
 8 1/2 U.: **Blaue Jungens.**  
**Theater des Westens**  
 8 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**  
 mit Guido Thielscher.  
**Trianon-Theater**  
 8 1/2 U.: **Der Himmel auf Erden.**

**Palast**  
 Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 8 1/2 u. 8 Uhr.  
 Auftreten der berühmten  
 Kinokünstlerin  
**Hedda Vernon**  
 in ihrer Bühnenszene:  
**„Ein Tag aus meinem Leben“**  
 und das neue heitere  
 Oktober-Programm.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Schippers Heimkehr.**  
 Sonntag nach-  
 mittag 3 Uhr  
 zu ernied. Preis:  
**Wellnachtsabend**  
 im Schützengrah.

**Gewerkschaftshaus.**  
 Am Sonntag, den 8. Oktober 1916,  
 veranstaltet der „Berliner Sängerkor“ zum Besten der im Feld  
 stehenden Kameraden einen  
**Lieder-Abend**  
 unter Mitwirkung **Martha Dreier-Wolf (Soprano)**  
 der Frau  
 und des **Heidentenor's Pipel.**  
 Des **Blodentürmers Tochterlein**, gesungen von Frau **Martha Dreier-Wolf**  
 Zu den **Waffen**, von **Hob. Schumann**. Gesungen vom **Heidentenor Pipel.**  
**Kennchen von Tharau** . . . . . von **Gilcher.**  
**Mein Heimatal** . . . . . **Wolfsch.**  
**Musik von Herrn Direktor Pian.**  
**Anfang 6 Uhr. — — — Eröffnung 8 Uhr.**

Sonntag mittag:  
 Gänsebraten . . . . . 0,25  
 Heilbutt hollandais . . . . . 1,25  
 Grünkohl mit Käsefleisch . . . . . 2,00  
 Leberknödel mit Kraut . . . . . 1,50  
 Gänsebraten . . . . . 2,50  
 1/2 Hühnerchen mit Sauerkraut . . . . . 2,00  
 Kompott oder Salat . . . . . 0,25  
 Speise . . . . . 0,40

Abends Spezialität: Ein halber jung. Gahn à 2,00  
 Streifische Putz à Portion 2,50 Pf.

Heute u. morgen: Ein sehr billiger Schnellverkauf!  
 Ein großer Vollen Fettgänse . . . . . das Stück 3,50—4,00 Pf.  
 Ein großer Vollen fette Gänserümpfe . . . . . das Stück 4,00—4,50 Pf.  
 Ein großer Vollen fette Gänser . . . . . das Stück 3,25 Pf.  
 Geräucherter halbe Gänse . . . . . das Stück 5,00 Pf.  
 Ein Vollen fette Hühner . . . . . das Stück 2,00 Pf.  
 Geräucherter Lachsgeringe . . . . . das Stück 60 Pf.

**Berliner Konzerthaus.**  
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
 Heute: **Gr. Wohlthätigkeits-Konzert zum Besten der  
 Kriegswohlfahrtspflege des Heeres und der Marine.**  
 Mitwirkende:  
**Paul Lincke**, Komponist, **Werner Alberti**, Kgl. Kammer-  
 sänger, **Frau Dr. Boerlage**, Opernsängerin.  
 Berliner Konzerthaus Orchester. Leitung: **Franz v. Blon.**  
 Kapelle des Ersatz-Bataillons 7. Garde-Inf.-Regts. Musikleiter: **Past.**  
 Geschw. **Taubert**, Xylophon-Virtuosen.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 M. Anfang 8 Uhr.  
 Alle Vergünstigungen aufgehoben.

**Admiralspalast.**  
 Das herrliche Eisballett  
**Fran Fantasie.**  
 Anf. 8 1/2 Uhr. 2., 3., 4. H.

**Die Zarengeißel**  
 Sturmchreie aus hundert  
 Jahren u. Herausgegeben  
 von Dr. Franz Diederich

In festem Umschlag  
 gebunden  
**50 Pfennig**

Das Thema dieses Buches ist  
 der Kampf gegen den Zarenismus,  
 der Rußland blutig knechtet u.  
 Europa barbarisch bedroht. —  
 Die Zarengeißel ist ein Kampf-  
 buch voll Unerbittlichkeit. Aus  
 dem Sturm des gegenwärtigen  
 Krieges ist es hervorgewachsen

Zu beziehen durch die:  
**Buchhandlung 30  
 Vorwärts**  
 SW. Lindenstr. 3

**Wichtig für Herren!**  
**Während des Krieges**  
 gibt Erste Herrenkleiderfabrik  
**Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß**  
 ohne Preis- ohne Preis-  
 erhöhung erhöhung  
**im Einzelverkauf**  
 vom großen Fabriklager ab.  
 Für Anzüge Paletots Ulster } wird Bezugsschein und be-  
 bis M. 60.- bis M. 65.- bis M. 80.- } hördliche Abstempelung von  
 der Firma kostenlos besorgt.  
**Alle höheren Preislagen bezugscheinfrei!**  
 Verkaufszeit 10—6, Sonnabends 10—8, Sonntags 12—2.  
**Molkenmarkt 7—8, IV. Fahrstuhl**